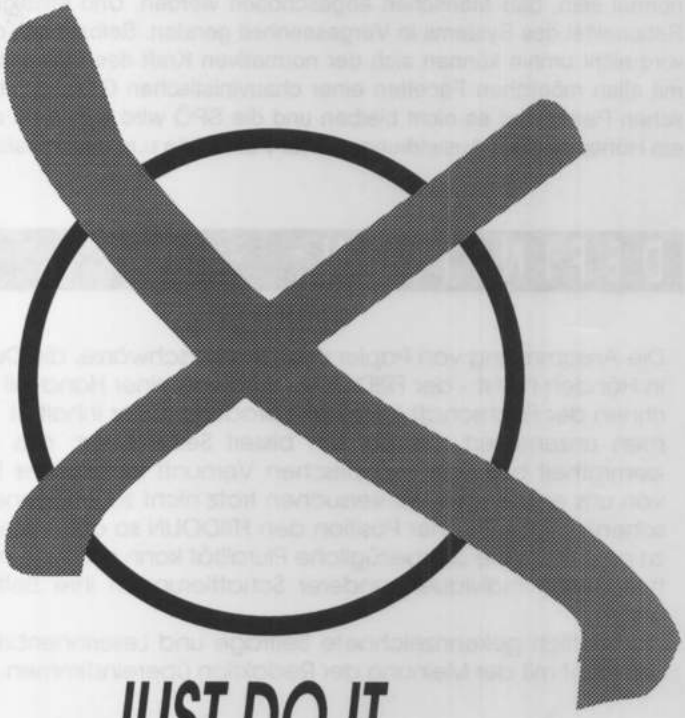
die zeitschrift für wählerische informatikerInnen,
wirtschaftsinformatikerInnen
& datentechnikerInnen

öh-wahlen	4
liwid	6
ufo	7
winf bit	8
scifi	9
interuniversitär	10
2 jahre	12
rezension	14
linux liste	15
kandidatinnen	16
kein mensch	18
kuich	22
macht der bilder	26
Kritik an Microsoft ...	28



JUST DO IT.

fridolin

Nr. 101 <01100101>

P.b.b 1040 Wien 57518W91U Mai 99

EDITORIAL

Zwei Jahre sind vergangen. Der Fridolin hat gerade noch seinen Hunderter geschafft und die Wahlen stehen wieder vor der Tür. Vielleicht wird der Fridolin weiterhin altern oder es wird ihm ein vorzeitiges Ende bereitet. Wie dem auch sei, der Tag danach wird genauso sein wie der Tag davor. Vielleicht nicht in Bezug auf die Fachschaft oder anderer ÖH-Gremien, aber sicherlich was die Gesellschaft betrifft. Es wird weiterhin normal sein, daß Menschen abgeschoben werden. Und etwaige Todesfälle, werden auf Grund der proklamierten Rationalität des Systems in Vergessenheit geraten. Selbst noch die Wut derjenigen, die ein wenig Anstand besitzen, wird nicht umhin können sich der normativen Kraft des Faktischen zu unterwerfen. MigrantInnen werden weiterhin mit allen möglichen Facetten einer chauvinistischen Gesellschaft konfrontiert sein. Bei 42,1% einer rechtpopulistischen Partei wird es nicht bleiben und die SPÖ wird sich nicht dadurch beirren lassen, daß just an ihrem Feiertag ein Höhepunkt der Auswirkungen ihrer Politik (die u.a. eine rassistische ist) erreicht worden ist. Also Leute ...

BUSINESS AS USUAL

DEFINITION:

Die Ansammlung von Papier und Druckerschwärze, die Du gerade in Händen hältst - der FRIDOLIN - wird von einer Handvoll WapplerInnen der Fachschaft Informatik produziert. Der Inhalt ist vollkommen unzensuriert, bis auf ein bisserl Selbstzensur, das der Verklemmtheit bzw. der spezifischen Vernunft jeder/jedes Einzelnen von uns entstammt. Wir versuchen trotz nicht zu leugnender politischen/philosophischer Position den FRIDOLIN so offen wie möglich zu gestalten (die diesbezügliche Pluralität kann natürlich nur bestehen, wenn Individuen anderer Schattierungen ihre Beiträge liefern).
Namentlich gekennzeichnete Beiträge und LeserInnenbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

IMPRESSUM

MedieninhaberIn & VerlegerIn
Verein d. InformatikstudentInnen c/o Fachschaft Informatik, TU Wien

Redaktion & Layout
Hart arbeitendes Volk

alle
Treitlstr. 3, 1040 Wien, Tel.: 58801/8117

Absenderin
Fachschaft Informatik, Treitlstr. 3, 1040 Wien

HerstellerIn
HTU-Wirtschaftsbetriebe GmbH, Wiedner Hauptstraße 8-10, 1040 Wien

Herstellungsort
Wien

Verlagspostamt
1040 Wien, P.b.b. 57518W91U

DIE SCHULDIGEN:

Diesmal waren nicht ganz untot:
monika, marc, martina...

Die Drecksarbeit haben geleistet:
marc & sc

2 here we go again...

Sorry!

Wie wir im nachhinein feststellen mussten, waren die Behauptungen im Artikel „Hast Du Butter auf dem Kopf gehe nicht im Sonnenschein", der 1990 im htu-info erschienen ist, unwahr. In einem im Fridolin nr. 100 erschienen Artikel „Gewusst wie!" hatten wir diese wieder abgedruckt.
Das htu-info ist offenbar nicht die verlässliche Informationsquelle, für die es gehalten wurde. Wir möchten uns daher ausdrücklich bei Prof. Kopetz entschuldigen.

Die Redaktion

ÖH- Wahl
wer wählt wann, wo, wen und warum?

Wer?

Wahlberechtigt sind alle ordentlichen HörerInnen, egal ob In- oder AusländerInnen, der österreichischen Universitäten. Voraussetzung ist, daß sie ihren StudentInnenausweis mithaben.

Wann?

Die Wahl findet von 18. Mai bis 20. Mai statt.

Wo?

Im Prechtlsaal der alten TU am Resselpark.

Wen?

Du bekommst **vier Stimmzettel** für die **vier Ebenen** der StudentInnenvertretung.

1. Studienrichtungsvertretung:
Hier gilt Persönlichkeitswahlrecht. Das heißt auf den Wahlzettel stehen Namen und keine Fraktionen. Du kannst maximal fünf Namen ankreuzen, da die Informatik fünf StudienrichtungsvertreterInnen besitzt. Du darfst natürlich, falls Du ein Mehrfachstudium betreibst, für jedes Studium die Studienrichtungsvertretung wählen. StudentInnen mit Studium irregulare sind für die Studienrichtungsvertretung nicht wahlberechtigt. Heuer, zum ersten Mal, gibt es getrennte Kandidaturen auf der TU und der Uni Wien für INF und WINF. Das heißt, wenn Du auf der Hauptuni inskripiert bist, solltest Du auch dort wählen gehen.

2. Fakultätsvertretung:
Die Informatik gehört zur technisch-naturwissenschaftlichen Fakultät (TNF). Wenn Du ein Mehrfachstudium betreibst, bist Du an jeder Fakultät, zu der deine Studienrichtungen zugeordnet sind, stimmberechtigt. Für die Fakultätsvertretung gilt Listenwahlrecht. StudentInnen mit Studium irregulare sind nur an jener Fakulät wahlberechtig, der sie zugeordnet sind.

3. Universitätsvertretung:
Der HA ist das höchste studentische Gremium an der TU. Auch hier gilt das Listenwahlrecht. Seit den letzten Wahlen bist Du an jeder Universität, an der Du ein Studium betreibst, für den Hauptausschuß wahlberechtigt.

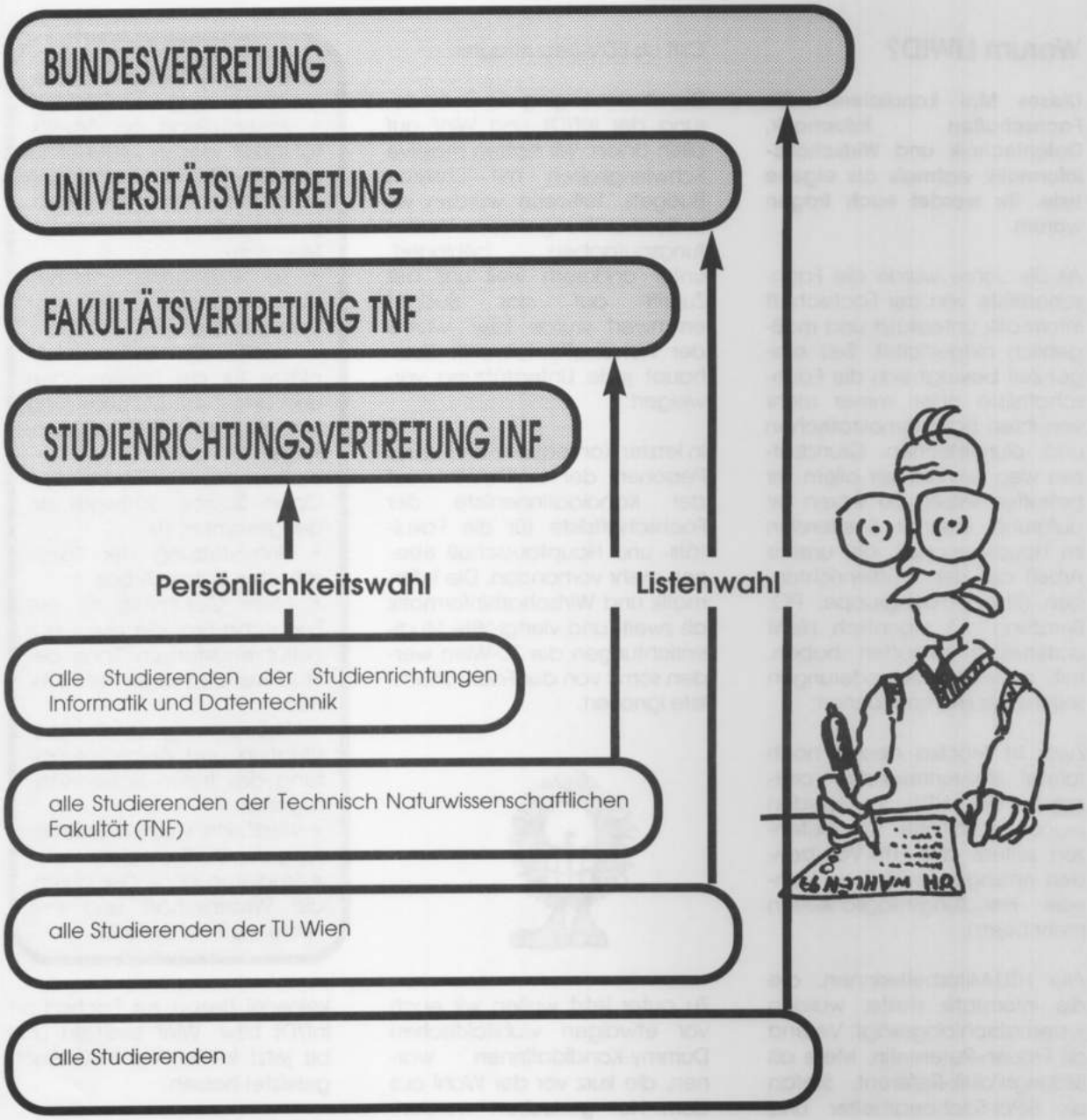
4. Bundesvertretung:
Das sogenannte "österreichweite StudentInnenparlament". Hier bist Du nur einmal wahlberechtigt, und zwar an jener Universität, an der du imatrikuliert bist. Für den ZA gilt das Listenwahlrecht.

Warum?

Die ÖH ist sozusagen Deine Gewerkschaft. Sie versucht Deine Interessen auf allen Ebenen zu verteten. Das beginnt bei Problemen mit LehrveranstaltungsleiterInnen, Prüfungen, Stipendien, u.s.w. und endet bei Problemen mit dem Wissenschaftsministerium. Bei all diesen Gesprächen sind wir als Deine VerteterInnen dort, und es ist nicht besonders günstig wenn, wie schon vorgekommen, der Minister uns aufgrund geringer Wahlbeteiligung (20 - 30% !), die Vertretungsfunktion abzuerkennen versucht.
Es gibt wieder Disskussionen über Studiengebühren. Wenn diese kommen wird es jede(n) von euch treffen, egal ob ihr gewählt habt oder nicht. Eine starke ÖH hat jedoch einen besseren Standpunkt, diese zu verhindern, als eine ÖH die auf nur 20% WählerInnenbasis agieren muß.
Das Abgeben Deiner Stimme dauert vielleicht eine halbe Stunde, Du bekommst dafür jedoch eine Vertretung, die für die nächsten zwei Jahre versuchen wird, Deine, unsere, Interessen so gut wie möglich wahrzunehmen. 90 Prozent der ÖH-MitarbeiterInnen arbeiten gratis (d.h. keine Entlohnung für die Tätigkeit) und mit Deiner Stimmabgabe könntest Du unsere Arbeit ein wenig erleichtern.
Deshalb:

Raff dich auf und geh' wählen!!!

öh wahl: mini-howto



LIWID
liste informatik, wirtschaftsinformatik und datentechnik

Warum LIWID?

Dieses Mal kandidieren die Fachschaften Informatik, Datentechnik und Wirtschaftsinformatik erstmals als eigene Liste. Ihr werdet euch fragen warum.

All die Jahre wurde die Fachschaftsliste von der Fachschaft Informatik unterstützt und maßgeblich mitgestaltet. Seit einiger Zeit bewegt sich die Fachschaftsliste aber immer mehr von ihren basisdemokratischen und pluralistischen Grundsätzen weg, wovon vor allem wir betroffen waren. So waren wir aufgrund interner Streitereien im Hauptausschuß, die unsere Arbeit auf den Studienrichtungen (Stuko, Fachgruppe, PO, Beratung, ...) eigentlich nicht unmittelbar betroffen haben, mit massiven Behinderungen seitens der HTU konfrontiert:

Zwar ist Monika derzeit noch formal stellvertretende Vorsitzende der HTU, ihr wurden jedoch sämtliche Kompetenzen seitens des HTU-Vorsitzenden entzogen, sodaß sie keinerlei Handlungsmöglichkeiten mehr besitzt.

Alle HTU-MitarbeiterInnen, die die Informatik stellte, wurden systematisch abgesägt: Verena als Frauen-Referentin, Meks als BildungsPolitik-Referent, Stefan als BiPol-Sachbearbeiter und Cliff als EDV-Beauftragter.

Damit einher ging die Behinderung der Inf/Dt und Winf auf allen Linien. Wir hatten massive Schwierigkeiten mit unseren Budgets. Teilweise wurden wir in der Ausübung unserer Vertretungsaufgaben behindert, unter anderem weil uns der Zugriff auf das Budget erschwert wurde bzw. wurde der Wirtschaftsinformatik überhaupt jede Unterstützung verweigert.

In letzter Konsequenz sind keine Personen der Inf/Dt/WInf auf der KandidatInnenliste der Fachschaftsliste für die Fakultäts- und Hauptausschuß ebenen mehr vorhanden. Die Informatik und Wirtschaftsinformatik als zweit- und viertgrößte Studienrichtungen der TU-Wien werden somit von der Fachschaftsliste ignoriert.

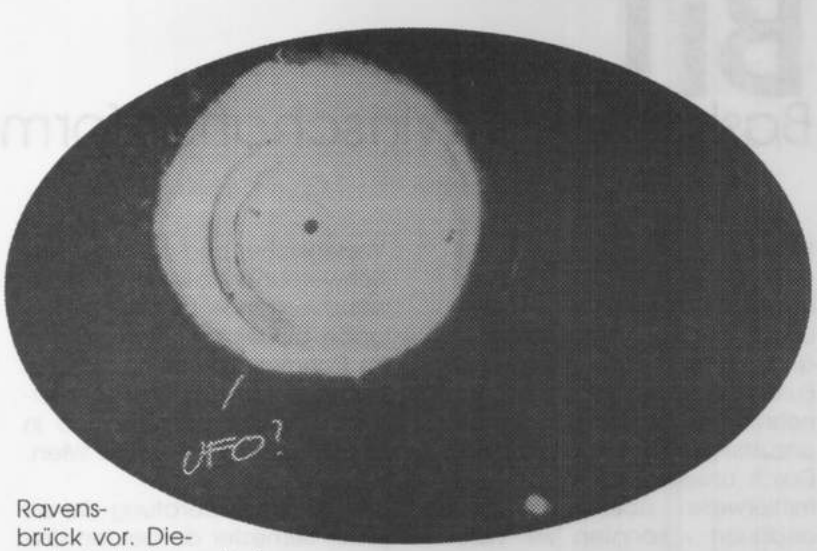
Zu guter letzt wollen wir euch vor etwaigen wahltaktischen Dummy-KandidatInnen warnen, die kurz vor der Wahl aus dem Hut gezaubert werden, keinerlei Bezug zur Fachschaft Inf/Dt bzw. Winf besitzen und bis jetzt keine Arbeit für Euch geleistet haben.

Unsere Arbeitsschwerpunkte

- Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Fachschaften (keine Benachteiligungen aufgrund politischer Standpunkte oder persönlicher Differenzen)
- sachbezogene Entscheidungen anstatt Willkür der Vorsitzenden
- mehr Computerarbeitsplätze für die Studierenden und damit die Durchsetzung von Accounts für Erstsemestrige
- Bevorzugter Einsatz von Open Source Software an der gesamten TU
- Unterstützung der Fachschaften in ihrer Arbeit
- Mehr Geldmittel für die Fachschaften, die diese am zielführendsten im Sinne der Studierenden einsetzen können.
- Verbesserung der Studiensituation und Aufrechterhaltung des freien Universitätszugangs
- verstärkte soziale Absicherung der Studierenden.
- Studieren ohne Gebühren, die Wissenschaft und ihre Lehre muß frei bleiben.

Der U.F.O.

Eine Wohnung für uns allein



Autorinnen: Bente KNOLL; Ulrike ROSTEK

Seit 1980 arbeiten Studentinnen in den Räumlichkeiten der Berggasse 5/24 im 9. Wiener Gemeindebezirk. Seit dieser Zeit fanden und finden verschiedene Frauenveranstaltungen und Aktivitäten statt, der Verein „Frauenforschung und weiblicher Lebenszusammenhang" wurde gegründet und wenig später das Frauen- und Lesbenarchiv „Stichwort".

Als dieses im Oktober 1995 in die Diefenbachgasse 38/1, Wien 15. umzog, gründeten engagierte Studentinnen, der Tradition der Räumlichkeiten gemäß, den U.F.O. (UniFrauen-Ort). In diesem Rahmen gibt es für Frauen die Möglichkeit, sich mit ihrer speziellen frauenspezifischen Situation, an der Universität und in der Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Der U.F.O. ist ein Ort der kritischen Reflexion der patriarchalen Wissenschaft und Lehre sowie der Universität als männerdominierten Institution. Der U.F.O. bietet bestehenden Frauengruppen einen Ort für ihre selbstorganisierte Arbeit und Anregung zu neuen Aktivitäten und Gruppen. So können z. B. Seminare, Arbeitsgruppen, Rhetorikkurse, Supervisionen, informelle Treffen und vieles mehr hier stattfinden.

Im U.F.O. bereiten derzeit sechs Frauen eine Ausstellung über das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück vor. Diese befaßt sich mit den Lebensgeschichten von ehemals inhaftierten Österreicherinnen und wird am 4. November 1999 in der Uni Wien eröffnet.

Im Rahmen des Österreichweiten Tutoriumsprojektes trifft sich immer im Wintersemester die Lesbengruppe, um Kontakte zu knüpfen, Erfahrungen auszutauschen und Unterstützung anzubieten. Aus dem Frauentutoriumsprojekt heraus bildeten sich unter anderem der Arbeitskreis „Frauen in Naturwissenschaft und Technik", der sich schon seit dem WS 1997/98 trifft. Dieser befaßt sich vorwiegend mit feministischer Naturwissenschaftskritik und -theorie (Donna Haraway, Sandra Harding, Evelyn Fox Keller). Im WS 1998/99 entstand die Arbeitsgruppe „Frauen in der Planung", Architektinnen und Landschaftsplanerinnen arbeiten hier zu feministischen Theorieansätzen. Ein wichtiger Bestandteil sind gemeinsame Exkursionen zu realisierten Projekten von PlanerInnen. Seit dem SS 99 gibt es das „Interdisziplinäre feministische Forum", das Frauen aller Disziplinen die Möglichkeit bietet, sich gemeinsam zu inspirieren und Grenzen der eigenen Disziplin zu überschreiten. Der U.F.O. besteht aus zwei hellen Räumen mit einer Küche.

Die Besonderheit daran ist die räumliche Trennung von den Universitäten und Instituten. Bei regelmäßigen offenen Plenen wird gemeinsam von interessierten und engagierten Frauen über Struktur und Organisation entschieden. Diese finden jeden ersten Freitag im Monat um 11 Uhr statt.

Jede Frau, die die angenehmen Räumlichkeiten des U.F.O.s in Anspruch nehmen will, ist herzlich eingeladen, die Kontaktfrau Lilli Wasserbacher am Zentralausschuß der ÖH, Liechtensteinstraße 13, Wien 9., unter der Telefonnummer:

01/310 88 80-35 (Mo - Do: 8.30 - 14 Uhr, Fr: 9 - 12 Uhr) anzurufen.

BiT
Basisgruppe Wirtschaftsinformatik

Vor zwei Jahren sind wir bei den ÖH-Wahlen angetreten, um zusätzlich zu unserem Studium an der TU und der Uni Wien auch Einfluß auf unsere und Eure Studienbedingungen zu nehmen, aktiv Verbesserungen anzustreben und umzusetzen. Durch unsere Arbeit - die nun mittlerweile über 3 Jahre andauert - konnten wir viele Verbesserungen in unserer Studienrichtung erreichen. Beispielsweise seien hier die Abschaffung des 1000 - Punkte Anmeldesystems im 1. Studienabschnitt und Einführung eines einheitlichen elektronischen Anmeldesystems für alle Lehrveranstaltungen an der Uni Wien, die Durchsetzung von Abspaltungsregeln für alle Teildiplomprüfungen des 1. Studienabschnittes und die aktive Einflußnahme auf die Lehrveranstaltungen sowohl an der TU Wien als auch der Uni Wien erwähnt.

Weiters haben wir in der Studienkommission und den Institutskonferenzen Verbesserungen unserer Studiensituation durchgesetzt. Hier seien beispielhaft der umfangreiche Wahlfächerkatalog für den neuen zweiten Studienabschnitt und die Einrichtung von je einem Wirtschaftsinformatik-Institut an der TU Wien und der Uni Wien genannt, deren Durchsetzung maßgeblich auf unseren Einsatz zurückzuführen ist.

Wesentlicher und permanenter Schwerpunkt unserer Arbeit ist selbstverständlich die Weitergabe aktuellster Informationen im Rahmen unserer Beratungszeiten in der Fachschaft Informatik an der TU Wien und in der Schildburg an der Uni Wien.

Die Inskriptionsberatung die wir jedes Semester an beiden Universiäten für die Erstsemestrigen abgehalten haben ist ebenso ein weiterer selbstverständlicher Bestandteil unserer Arbeit wie unsere Beratung via e-mail **<mailto:winf@oeh.org>** und unsere StRV- und Basisgruppenhomepage **<winf.oeh.org>.**

Um den Erstsemestrigen den Einstieg in unser Studium an beiden Universitäten zu erleichtern haben wir weiters Erstsemestrigentutorien und Winf-Stammtische abgehalten.

Als wesentlicher Vorteil in unserer Arbeit hat sich die interuniverstitäre Einrichtung unserer Studienrichtungsvertretung herausgestellt. Diese brachte uns in den Verhandlungen mit Professoren und Assistent/inn/en wesentliche Vorteile, da wir im Gegensatz zu diesen nicht auf die Machtbestrebungen der einzelnen Universitäten Rücksicht nehmen mußten sondern uns einzig und allein auf die Durchsetzung Eurer Interessen konzentrieren konnten.

Leider gibt es nun - kurz vor den ÖH Wahlen - seitens der HTU-Exekutive Bestrebungen, diesen unseren großen Vorteil zunichte zu machen und zwei getrennte StRVen an beiden Universitäten wählen zu lassen. Wir werden uns aber weiterhin massiv gegen diese kontraproduktive Trennung einsetzen und hoffen bis zu den Wahlen unsere Forderung nach einer gemeinsamen, interuniversitären, Studienrichtungsvertretung für unser interuniversitäres Studium durchsetzen zu können. Aktuelle Informationen zu diesem Thema findest du auf unserer Homepage unter **<http://winf.oeh.org>.**

Bei den diesjährigen ÖH Wahlen treten wir nun an, um auch in den nächsten beiden Jahren unsere Arbeit für die interuniversitäre Studienrichtung Wirtschaftsinformatik an TU und Uni Wien fortsetzen zu können.

Wir hoffen auch diesmal wieder auf Deine Stimme.

Barbara Horwik
Albert Köllner
Andreas Krisch
Matthias Meng
Gerolf Scherr

Science Fiction:
Fortschreiben von Strukturen oder emanzipatorische Narration?

Eine Beschreibung dessen, was noch nicht geschehen ist - so könnte eine Umschreibung von Science Fiction (SF), aussehen. Von gegenwärtigen Tendenzen ausgehend versucht sie über mögliche Zukunktsentwürfe zu spekulieren, wobei gesellschaftliche Verschiebungen und Veränderungen, die in Zusammenhang zu technologischen Entwicklungen stehen, eine zentrale Grundlage dafür darstellen. Aktuelle technowissenschaftliche Transformationen erfahren sowohl eine imaginierte Verlängerung in die Zukunft hinein, wie auch eine Kontextualisierung durch ein Einbinden in gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Verhältnisse. (Dagmar Fink, „Mapping the Future", in: AUF Nr. 101) Dabei stellen die Spekulationen nicht das „ganz Andere" dar und entbehren jeder Rückgebundenheit mit heutigen Konzepten, sondern sind durch ihre Verflochtenheit mit aktuellen Praktiken und Systemen nicht außerhalb von Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu denken.

Die Veranstaltungsreihe frau:maschinen mutter:maschinen sex:maschinen.

Technologische Körperphantasmen von Science Fiction-Figuren an den Schnittpunkten von Konstruktion, Reproduktion/Replikation und Repräsentation/Simulation diskutiert das eben genannte Spannungsfeld im Lichte der Projektion der jetztigen epistemologischen Strukturen in die Zukunft. Im Sinne einer strategischen Flexibilität geht es weniger um eindeutige Positionierungen und Urteile als um ein Ausloten von AgentInnenschaft und Politikformen, von Potentialen und Hindernissen.

Die Veranstaltungsreihe, organisiert vom Verein fem.topia, ist dreigeteilt, wobei jeder Block aus einem eher theoretischen und einem sich auf konkrete SF-Beispiele beziehenden Vortrag besteht. Mona Singer und Dagmar Fink referieren im ersten Block frau:maschinen über Körperkonstruktionen und „weiblichen" Cyborgs. Reproduktion bzw. Replikaton als emanizipatorische Errungenschaft und/oder gefahrvolles Faszinosum wird von Gerburg Treusch-Dieter und Barbara Neuwirth am zweiten Abend mit dem Titel mutter:maschinen diskutiert. Die dreiteilige Veranstaltungsreihe schließt mit dem Block sex:maschinen: Lisbeth Trallori und Katharina Zakravsky sprechen über Schöpfungsmythen/Allmachtsphantasien und der Infantilisierung von Sexualität.

Örtliche und zeitliche Koordinaten sind das Depot/Museumsquartier (7., Museumsplatz 1) am Donnerstag den 10. und 17. 06.99 und am Montag den 21.06.99, Beginn jeweils ab 19 Uhr.

Heidi Niederkofler
für den Verein fem.topia

Infos unter
http://come.to/femtopia
oder **mailto:fem.topia@gmx.net**

Interuniversitäre Studienrichtungsvertretungen für

Wie Ihr bereits unserer Aussendung entnehmen konntet, waren die letzten beiden Jahre für uns an der TU Wien geprägt von kindischen Schikanen seitens des HTU Vorsitzenden Christoph Pollak (Fachschaftsliste). Über Jahre hinweg wurden uns Geldmittel, Räumlichkeiten und Infrastruktur verweigert. Zu guter letzt wurde seitens der HTU-Exekutive alles darangesetzt, die interuniversitäre Studienrichtungsvertretung (StRV) Wirtschaftsinformatik bei diesen ÖH-Wahlen zu trennen und an jeder unserer beider Universitäten einen separate StRV einzurichten.

Bezüglich der Budgetmittel konnten wir uns nach eineinhalb Jahren aufreibender Auseinandersetzungen, die von sinnlosen Machtspielchen des HTU-Vorsitzenden Pollak geprägt waren, endlich durchsetzen und haben erreicht, daß uns nun auch an der TU Wien Budgetmittel zugesprochen wurden. Räumlichkeiten und Infrastruktur (Telefon, ...) werden uns nach wie vor verweigert. Dieser Erfolg, den wir nicht zuletzt Euren zahlreichen Rücksendungen verdanken, kann allerdings leider erst als erster Schritt in der Durchsetzung der berechtigten Forderungen gesehen werden. Ob durch den Beschluß, uns die entsprechenden Budgetmittel zur Verfügung zu stellen, auch der Zugriff auf diese Mittel gewährleistet ist, bleibt weiterhin offen. Kurz nach der entscheidenden HTU-Sitzung verweigerte uns der HTU-Vorsitzende Christoph Pollak die Bestätigung unserer Unterschriften, die es uns ermöglicht hätte z.B. beim KOPITU auf Lieferschein Broschüren drucken zu lassen. Durch die Ablehnung dieser Bestätigung sind wir nun gezwungen, entweder sämtliche Broschüren mit unserem Privatgeld vorzufinanzieren oder beim HTU-Vorsitzenden jede Ausgabe 'genehmigen' zu lassen. Ob diese 'Genehmigungen' dann auch erteilt werden bleibt abzuwarten.

Bezüglich unseres Hauptanliegens bei der letzten HTU-Sitzung, der weiteren interuniversitären Einrichtung der StRV Wirtschaftsinformatik ist es nicht gelungen einen Beschluß der HTU zu erreichen, da sich keine der HTU-Fraktionen in dieser heiklen Angelegenheit positionieren wollte und somit Formalgründe herangezogen wurden um einen Beschluß abzuwenden. Die genaue Rechtslage ist aufgrund zweier teilweise parallel gültiger Hochschülerschaftsgesetze weiterhin unklar, wodurch noch immer nicht mit absoluter Gewißheit festgestellt werden kann, ob nun interuniversitär oder getrennt gewählt werden wird.

Wir wollen heute die Gelegenheit ergreifen, detaillierter als dies in unserer Aussendung möglich war, auf die Argumente für eine interuniversitäre Einrichtung der StRV Wirtschaftsinformatik, einzugehen. In den drei Jahren, die wir mittlerweile im Rahmen der StRV Wirtschaftsinformatik tätig sind konnten wir immer wieder feststellen, daß gerade die interuniversitäre Einrichtung erhebliche Vorteile für unsere Arbeit mit sich brachte. Einerseits konnten wir uns aufgrund unserer „Universitätsunabhängigkeit" völlig aus den teilweise sehr polarisierten Machtbestrebungen der Professoren und Assistent/innen der beiden Unis heraushalten und darüber hinaus sogar durch diese Verbesserungen für die Studierenden beider Unis erreichen. Dies betraf nicht nur die Arbeit in der Studienkommission und in den Institutskonferenzen sondern auch die aktive Einflußnahme auf Lehrveranstaltungen, die erst durch universitätsübergreifendes Denken unsererseits verbessert werden konnten. Auch im Bereich unserer Beratungstätigkeit sehen wir viele Vorteile der interuniversitären Einrichtung der StRV, da wir nur durch unsere Zuständigkeit für beide Universitäten in der Lage sind, sinnvolle Beratung für ein interuniversitäres Studium zu bieten. Nur dadurch, daß die Informatio-

interuniversitäre Studienrichtungen!

nen über Lehrangebot, Vortragende, Prüfer, LVA- und Prüfungsmodi, Anrechnungen usw. beider Unis bei uns zusammenlaufen, können wir kompetente Informationen über das Studium an beiden Universitäten (und deren jeweilige Vor- und Nachteile) an Euch weitergeben. Würde man sich im Gegensatz eine Situation mit zwei getrennten StRVen an beiden Unis vorstellen, ist über kurz oder lang zu erwarten, daß die Informationen über die jeweilige Universität nur mehr bei der jeweiligen StRV zu finden ist, was aber bedeutet, daß man benötigte Informationen nicht mehr aus einer Hand bekommen kann, sondern man gezwungen ist von einer StRV zur anderen zu pilgern und sich anschließend die Vor- und Nachteile der jeweiligen Uni selbst heraussuchen muß anstatt auf die Erfahrung von seinen Vertreter/innen zurückgreifen zu können.

Besonders in Anbetracht der unübersichtlichen Situation, die in unserem Studium aufgrund der zahlreichen Institute an beiden Universitäten herrscht, wäre eine Trennung in zwei StRVen unserer Ansicht nach ein weiterer Schritt zur Undurchführbarkeit eines interuniversitären Studiums und hätte unserer Meinung nach zweifellos die Konsequenz, daß immer weniger Studierende die Möglichkeiten und Vorteile unserer beider Universitäten nutzen würden und könnten, da ein entsprechender Informationsfluß nicht mehr aufrechtzuerhalten wäre. Damit wäre aber auch die interuniversitäre Einrichtung unseres Studiums mit allen ihren Vorteilen ad absurdum geführt.

Darüber hinaus würde auch die absurde Situation entstehen, daß zwei StRVen parallel zueinander an sich gleiche - aber nur auf die jeweilige Universität zugeschnittene - Informationsmaterialien produzieren würden, anstatt die Informationen über das gesamte Studium wie bisher in eine gemeinsame Broschüre zu verpacken. Dies bedeutet unnötige Mehrausgaben für schlechtere Ergebnisse.

Mit den nötigen Ressourcen ausgestattet - sprich Räume, Budgetmittel und Infrastruktur an beiden Universitäten - ist eine interuniversitäre StRV unserer Ansicht nach am besten in der Lage die Interessen der Studierenden beider Universitäten zu vertreten und auch an beiden Universitäten zielgerichtete und kompetente Informationsarbeit zu leisten.

Wir werden uns also weiterhin dafür einsetzen, daß die Wirtschaftsinformatik bei den kommenden ÖH-Wahlen eine interuniversitäre Studienrichtungsvertretung bekommt und halten Euch auch weiterhin über unsere Homepage **<http://winf.oeh.org>** und die (winf-news)-Mailingliste **<http://winf.oeh.org/subscribe.html>** auf dem Laufenden.

Barbara Horwik,
Albert Köllner,
Andreas Krisch,
Matthias Meng
und Gerolf Scherr

deine interuniversitäre Studienrichtungsvertretung Wirtschaftsinformatik

ein Rückblick: 2 Jahre StrV (StudienrichtungsVertreterin)

Ich war also vor 2 Jahren verrückt genug, den Wahlzirkus mitzumachen und mich zur Wahl als offizielle Studienrichtungsvertreterin zu stellen. Tja, nachdem mich über 400 Leute anscheinend für fähig gehalten haben, dieses Amt zu übernehmen, wurde ich auch tatsächlich gewählt.

Nun, genaugenommen ist es so, daß die 5 Gewählten alleine entscheiden könnten, was in der Fachschaft passiert - in der Praxis wurde das bei uns jedoch immer so gehandhabt, daß die Nichtgewählten die sich in der FS Inf engagieren, von uns gleichrangig behandelt wurden und genauso auf den Fachschaftssitzungen mitbestimmen konnten - Basisdemokratie also - und diese Menge an Personen ist es, die in Summe die Fachschaft ausmacht. Das ist aber nicht selbstverständlich; die Gewählten könnten es auch anders halten - drum paßt's ein bisserl auf, wen Ihr wählt.

Was habe ich in den letzten 2 Jahren also getan?

Diese Liste dient jetzt nicht meiner persönlichen Beweihräucherung - das brauch ich nimmer (ich kandidiere ja nicht wieder), sondern soll Euch exemplarisch den Umfang der Arbeit, die oft unsichtbar abläuft (es können nunmal nicht 1000e Studis in einer Kommission sitzen) vor Augen führen. Es sei allerdings gesagt, daß noch viele andere Personen in der Fs Inf fleissig mitarbeiten und zb. Verena noch viel mehr Aufwand als ich in die Vertretungsarbeit gesteckt hat.

Am bekanntesten sind Euch sicher der Prüfungsordner und der Fridolin und natürlich habe ich auch POs verkauft (eine Zeit lang hatte ich auch den Job der „neue-Angaben-Einsortiererin") und einiges für den Fridl geschrieben.

Sicher ist vielen von Euch auch noch die Aufregung um die Kooperation mit Microsoft Ende letzten Sommersemesters in Erinnerung, wo ich und viele andere Personen (danke Euch allen!) eine Gegendarstellung und Klarstellung des wahren Sachverhalts organisiert, sowie vermehrten Einsatz von freier Software gefordert haben.

Besonders wichtig sind in der Vertretungsarbeit jedoch die Kommissionen:

- allen voran - weil wir Studierenden dadurch am direktesten betroffen sind - die Studienkommission (STUKO), wo eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Studienkommissionsvorsitzenden Rudolf Freund erzielt werden konnte. Um es hier nochmals zu verlautbaren: JA! Entgegen anderslautender Gerüchte ist Rudi Freund weiterhin Stuko-Vorsitzender! In der Zeit seit meiner Wahl fanden 9 Sitzungen der Stuko statt, mit durchschnittlich geschätzten 3h Dauer, dazu kommt noch eine gewisse Vorbereitungszeit.

- die Fachgruppenkommission Informatik, in der Beschlüsse für die gesamte Informatik getroffen wurden; zb. Laborkonzepte oder Modelle zur Stellennachbesetzung. Nach neuem UOG gibt es die Fachgruppenkommission in ihrer alten Form nicht mehr; sie wird ersetzt durch die „Fachkommission Informatik", die sich am 4. Mai dieses Jahres konstituieren wird. In meiner Funktionsperiode fanden 8 Sitzungen der Fachgruppenkommission zu ca. je 2h statt; für jede dieser Sitzungen muß jedoch ebenfalls wieder umfangreiche Vorarbeit getroffen werden.

- sehr viel Zeit verbrauchen die von den einzelnen Kommissionen eingesetzten Arbeitsgruppen, in denen die eigentliche Arbeit von einigen wenigen Personen geleistet wird. Dies deswegen, da in einer grossen Diskussionsrunde (Stuko 5:5:5, FG 8:4:4:1, jeweils Profs:Assis:Studis:nichtwissenschaftliche Bedienstete) die Dinge nur diskutiert bzw. beschlossen werden können, jedoch die „kleine Fitzelarbeit" besser in einer kleineren Gruppe geleistet werden kann.

Ich war besonders aktiv in der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Stellenbewirtschaftungsmodells, dass die Nachbesetzungsreihenfolge freiwerdender Stellen der Informatikinstitute regeln soll - und

deren unzählige Sitzungen (in meinem Kalender finden sich 15 Einträge) meist zu 4-stündigen Marathons ausgeartet sind. Aber solche Dinge sind wichtig - oder fändet Ihr es toll, wenn bei so einem Modell zb. das Engagement in der Lehre so schlecht gegenüber der Anzahl der Publikationen gewichtet wäre, daß Pflichtlehrveranstaltungen vielleicht aus Personalmangel nicht mehr abgehalten werden könnten? Na eben.

- Berufungskommissionen. Darüber habe ich schon in der Vergangenheit berichtet; während meiner „Amtszeit" fanden insgesamt 3 solcher Berufungskommissionen statt. Geschätzter Aufwand - keine Ahnung. Allein das Anhören der Vorträge der BewerberInnen für Algodat waren 3 Tage Aufwand.

- Habilitationskommissionen. Bei einer erfolgreichen Habilitation wird der Kandidat/die Kandidatin zum Dozenten / zur Dozentin ernannt. Dafür muß die wissenschaftliche Arbeit der Person geprüft werden, sowie die didaktische Eignung. Gutachten müssen eingeholt werden, es wird uU. gestritten, wer diese GutachterInnen sind... am Ende hält die Kandidatin / der Kandidat einen Vortrag, der bewertet werden muß. Alles in allem 3 Sitzungen plus Vortrag. Ich war insgesamt in 5 „Habils" Mitglied; eine davon läuft derzeit gerade (Steininger).
- Instituskonferenzen. Hier werden Beschlüsse getroffen, die das jeweilige Institut betreffen, besonders also Personalfragen (Bewerbungen) und Probleme. Derzeit bin ich noch Mitglied in der IKO des Instituts für Informationssysteme (Profs. Eiter, Gottlob, Jazayeri und Leone) und in der IKO des Instituts für Computergraphik (Profs. Purgathofer und Barth).

Wenn ich all das zusammenrechne, komme ich alleine für die Zeit, die ich in den Kommissionen anwesend war auf über 200 Stunden, was bedeutet, dass ich im Schnitt jede Woche mind. 2 Stunden in einer Kommission verbracht habe (in der Praxis mehr, da die Sitzungen nicht gleichmäßig über alle Kalenderwochen verteilt sind, weil in den Ferien keine Sitzungen stattfinden). Vorarbeit (Kontakte knüpfen, Standpunkte durchdiskutieren, die Meinungen anderer Leute anhören, Gesetzestexte studieren) und so Serviceleistungen wie PO-Dienst, Beratung oder irgendwelche Sonderaktionen nicht mitgerechnet.

Alles in allem zwei arbeitssame Jahre, die jetzt zuende gehen. Ich hoffe, ich konnte Euch ein wenig einen Eindruck vermitteln, was man als StrV so tut und warum man als Vertreterin ua. auch etwas länger studiert (die Arbeit hängt sich halt schon ziemlich an).

Da ich nicht wieder kandidiere - alles hat einmal ein Ende, so auch mein Studium - gebe ich meine Arbeit im folgenden an unser neues Team weiter, die (wie ja oben schon erklärt) auch in der Vergangenheit schon kräftig tätig waren.
Mit anderen Worten: Belohnt die viele Arbeit, indem Ihr Eure Stimmen denen gebt, die für Euch gehackelt haben, also wählt:
Verena, Stefan, Slaven, Nicole und Marc.

Eure Martina

Dezenter Hinweis!

Mehr über unsere neuen KandidtInnen kannst du auf den Seiten 16/17 erfahren!

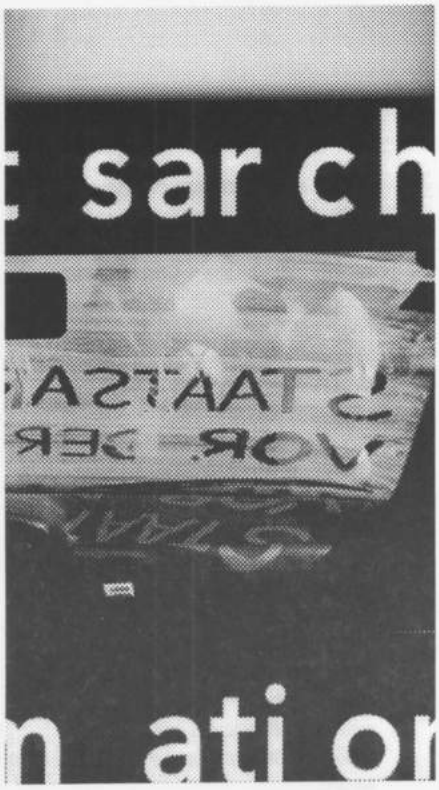
- **Verena HLADIK**
- **Stefan STIASNY**
- **Slaven BANOVIC**
- **Nicole HARTMANN**
- **Marc ZANNONI**

Die KandidatInnen der Fachschaft Informatik

<Vor der Information>

7/8 Staatsarchitektur

Migrationspolitiken und Asylgesetze, ihre politischen, Ökonomischen und kulturellen Implikationen.



<Vor der Information> ist eine 1994 mit dem Ziel gegründete Zeitschrift, künstlerisches und theoretisches Arbeiten in einer bestimmten Weise zu verknüpfen: KünstlerInnen und AutorInnen produzieren visuelle Arbeiten und Texte zu einem Themenschwerpunkt. Bereits im Entstehungsprozess werden die Beiträge debattiert und so Diskussionslinien und „orte" unter den ProduzentInnen (und eingeladenen AutorInnen) geschaffen, die sich in Form von Kritiken, Kommentaren und Debatten direkt in der Zeitschrift wiederfinden. Die angenommene Herausforderung zu kollektiver Textproduktion wird in neu entwickelten Schreibweisen wie short, interline und roundtext sichtbar gemacht; Widersprüche sowie Berührungen werden somit produktiv. Querverweise, entstanden durch einen kollektiven Diskussions- und Produktionsprozess, legen ein nicht-lineares Lesen nahe.

Doch nicht nur neue, sich einmischende Textformen sind Programmatik dieser Zeitschrift, sondern auch redaktionelle Strukturen, die durch GastredakteurInnen und Layout-Kooperationen bzw. „Interventionen neue Möglichkeiten eröffnen. Die Zeitschrift setzt sich zum Ziel, „Information zu produzieren, die um den Prozeß ihrer Entstehung weiß und diesen auch zur Diskussion stellt."

Das an dieser Stelle vorzustellende Buch „Staatsarchitektur" ist bereits das vierte Heft dieser Zeitschrift. Die vorhergehenden Projekte behandeln >Dokumentarische Arbeitsweisen in Kunst und Film> Eine Reflexion der Praktiken künstlerischer und filmischer Dokumentation und ihres gesellschaftlichen Potentials. (Heft 1/2, Juni 94), >Berichterstattung> Eine Untersuchung der verschiedenen Arten/Formate von Berichterstattung: ihrer kulturellen Bedingungen, ihrer Produktionsstrukturen und Darstellungstechniken sowie der Bilder (von Gesellschaft, von Selbst) und Vorstellungen (von Kollektiven, Individuen) die sie produzieren. (Heft 3/4, April 96), sowie >Übersetzung>Übertragung>Überschrift> Das Konzept Übersetzung dient vor allem der Distribution kultureller Werte. Was sind (soziale, politische, geschlechtsspezifische, ökonomische) Bedingungen eines Austauschs zwischen unterschiedlichen kulturellen Kontexten? Welche Hierarchien sind Teil von Übersetzungsprozessen, welche Verschiebungen sind möglich? (Heft 5/6, März 96). Ein Aufbauen und Weiterentwickeln nicht nur von Textformen und redaktionellen Strukturen ist beobachtbar, sondern auch von Inhalten und Thematiken.

Staatsarchitektur, die neue Nummer von <Vor der Information>, ist eine gelungene Verbindung kritischer Berichterstattung über westeuropäische Migrations- und Asylpolitiken und einer Darstellung diverser antirassistischer Projekte und Widerstandsformen. Ausgangspunkt und Grundlage ist, Rassismus nicht als Problem der MigrantInnen zu verhandeln, sondern das Aufbauen und Stützen der Mehrheitsgesellschaft auf/von rassistische(n) Strukturen als Absicherungsmechanismus von Dominanz zu untersuchen. Die Bedeutung und der Entstehungskontext verschiedener Gesetze und Konzepte („Integrationspaket", StaatsbürgerInnenschaft ...) werden analysiert sowie deren Folgen und Auswirkungen dargestellt.

Darüber hinaus werden, im Bewußtsein der Verflochtenheit und Teilhabe an rassistischen Strukturen und majoritären Privilegien, die Praxen und Repräsentationspolitiken von linken und feministischen Kontexten reflektiert und die Möglichkeiten und Hindernisse solidarischer Praxis ausgelotet. Es geht darum, sich an eine Form der Zusammenarbeit mit MigrantInnen anzunähern, die weder ethnisierend noch diskriminierend verfährt. Die verschiedenen thematischen Zugänge begnügen sich also nicht mit einer theoretischen Darstellung und Analyse von Rassismen und staatlicher Migrationspolitiken, sondern stellen sich die Frage nach der Beschaffenheit und den Voraussetzungen nicht-rassistischer Strukturen im Kunstbereich, in der Politik- und Sozialarbeit.

Dieses Buch berührt in einem doppelten Sinn: durch die Analyse restriktiver und rassistischer Migrationspolitiken und, was besonders hervorhebenswert und herausfordernd ist, durch das wiederholte Aufzeigen und Thematisieren von (der eigenen) Verflochtenheit und Situiertheit.

Bestellungen sind über Tel/Fax: 319 05 61 oder email:

vor.ri@eunet.at

möglich.

Heidi Niederkofler

Linux Liste

Nichts ist wahr alles ist erlaubt

Universitäre Informationen müssen auch in der kommerziellen Informationsgesellschaft frei bleiben.

Sommer 1998. Auf der österreichischen Mutation der Homepage einer großen Softwarefirma mit Hauptsitz in Redmond steht: „Microsoft kooperiert mit der technischen Universität Wien (...), in Zukunft werden alle Lehrveranstaltungen mit Hilfe von Microsoft Produkten durchgeführt."
Schließlich stellte sich heraus, daß sich das Institut für Softwaretechnik (Prof. Tjoa) für eine solche Kooperation enschieden hatte und Microsoft das Institut für Softwaretechnik mit der gesamte TU verwechselt hatte.
In einer später abgehaltenen feierlichen Präsentationsveranstaltung dieser Kooperation fanden sich tatsächlich 3 Befürworter dieser Kooperation im Publikum, aber sogar Rektor Skalicky mußte feststellen, daß sein Windows 95 Rechner 3x pro Tag abstürzt.
Die restlichen ca.100 Anwesenden kritisierten den expansiven Stil des aggressiven Marketings von Microsoft, schließlich mußte der stv. Geschäftsführer feststellen: „Ich spüre eine gewisse Antipathie in diesem Saal.". Kein Wunder, hatte er sich doch kurz zuvor zu Microsofts Java-Verunstaltung bekannt und fast im selben Atemzug festgestellt, daß seine Firma zwar Diplomarbeiten bezahlen, deren Inhalt dann aber natürlich Firmengeheimnisse bleiben müßten.

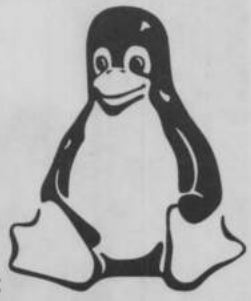
Nochmal Glück gehabt: Das im Web vom Institut angekündigte „Microsoft Competence Center" wurde bisher nicht errichtet, das Institut verwendet nicht ausschließlich Produkte einer Firma und ist um eine Erfahrung reicher. Die TU gehört noch keiner Softwarefirma und das Informatikstudiums wird noch mit Dipl.-Ing. und nicht „MS Certified Solution Provider" abgeschlossen.
Wer allerdings nicht so viel Glück gehabt hat ist das MIT: Das Gebäude, in dem Richard S. Stallman (der Begründer der Free Software Foundation) arbeiten muß, wird wahrscheinlich demnächst in „Microsoft Building" umbenannt werden.

Wir sind der Ansicht, daß solche Trends mit allen Mitteln verhindert werden müssen. Auch wenn das Buzzword „Informationsgesellschaft" bedeutet, daß in Zukunft das Horten von Information Macht bedeutet: Universitäten haben als Bildungseinrichtungen nur dann Sinn, wenn deren Informationen frei zugänglich bleiben.
Linux ist ein Symbol für freie Information und beweist wie gut in der Praxis freie Softwareentwicklung funktionieren kann.
Aus diesem Grund kandidieren wir für den Zentralausschuß der ÖH (s. Seite 5) als Linux Liste.

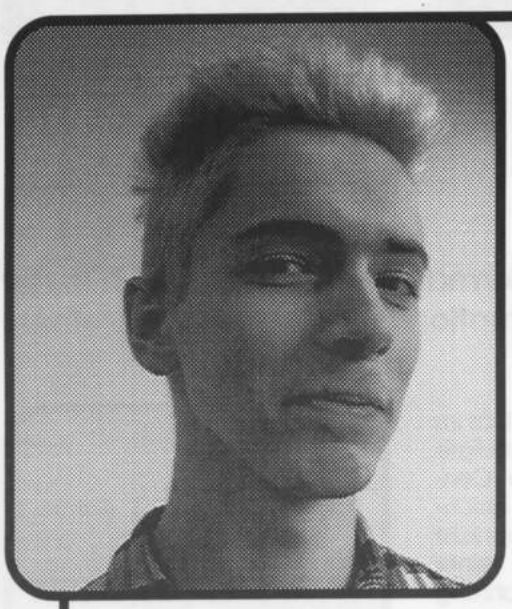
Linux Liste

Konkrete Ziele:

- **Keine inhaltliche Abhängigkeit** der Studienpläne und Lehrveranstaltungen von Firmen, die einzelne Projekte finanzieren
- Verstärkter Einsatz von **Open Source Software** an allen Unis
- Erhaltung der **Betriebssystemvielfalt** in den BenutzerInnenräumen (Unterstützung des LBR Projekts)
- Erhaltung und Befürwortung **offener Standards**
- Jede **Information** an der Uni muß **frei zugänglich** bleiben (keine Non-Disclosure-Agreements für Diplomarbeiten und Dissertationen)



Infos unter:
http://linuxliste.oeh.org
mailto:linuxliste@oeh.org



Marc Zannoni

Heuer kandidiere ich zum ersten Mal für die Studienrichtung Informatik, obwohl ich schon seit Jahren unipolitisch tätig bin. Vor sieben Semestern fing ich wie all meine VorgängerInnen mit dem Verkauf von POs an. Doch bald wandte ich mich dem allgemeinpolitischen Mandat der ÖH zu und engagierte mich auf Hauptausschuß - (als Mandatar) und Bundesebene zusammen mit meiner geschätzten Kollegin Simone. Vor kurzem wandte ich mich jedoch von diesen Gremien ab, zumindest in Bezug auf den Zentralausschuß, da mir das Interesse daran abhanden gekommen ist. Nunmehr möchte ich den Rest meines unipolitischen Lebens mit der Weiterführung verschiedener FSInf-Tätigkeiten verbringen. Konstant wird dennoch mein Interesse an sozialen und politischen Belangen bleiben, feststellbar ebenfalls in dieser Fridolin-Ausgabe an meinem Artikel zu illegalisierten Menschen.

Marc Zannoni (GrünAlternative und Linke - GRAL)
P.S.: Ich habe LEIDER nichts mit dem Eissalon zu tun (hoffentlich erspart mir dieses PS die nächsten 150 Fragen dieser Natur).

BEI DER WAHL SOLLST DU *FÜNF* KANDIDATINNEN ANKREUZEN (X). DIE ENTSCHEIDUNG FÄLLT DIR SICHER NICHT SCHWER :)

eine ganz, ganz kurze Anleitung
Frau/Mann nehme:
1 Informatikstudentin (8.Semester)
1 Fachschaft
1 Universität auf der viele Dinge zu tun sind
2 Institutskonferenzen
1 Fachgruppenkommission
1 Fakkultätskollegium
1 Senat UOG93
1 studienkommission

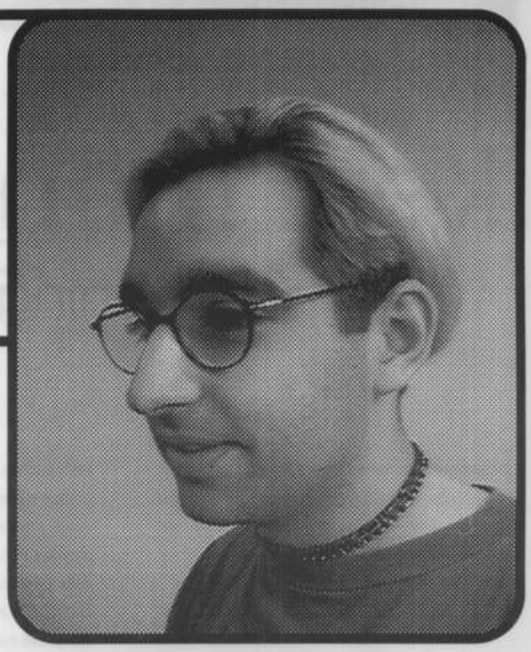
Die Informatikstudentin hat schon mehrere Erstsemestrigentutorinen gemacht und wurde schon einmal gewählt . Sie sitzt seitdem in vielen Kommissionen. Außerdem verkauft sie Prüfungsordner für Euch und nach mittlerweilen 6 Semestern Arbeit auf der Fachschaft kandidiert sie wieder als Studienrichtungsvertreterin für Informatik und Datentechnik. Das einzige was Ihr noch zu tun habt, ist sie zu wählen.
Sie heißt

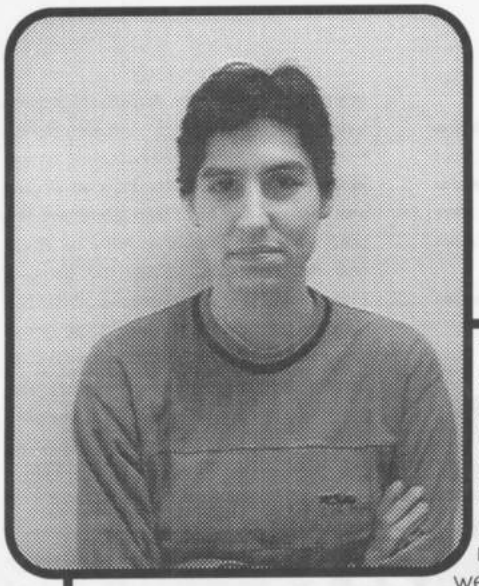
Verena Hladik

16 eek - sind die graesslich!

Stefan Stiasny ist 23 (!) Jahre alt und studiert seit 1994 (1+9+9+4 = 23 !) erst Architektur, dann Informatik. Wenn er nicht über sich selbst in der dritten Person schreibt, arbeitet er auf der Fachschaft und als Tutor, oder verbringt seine Freizeit mit lauter, depressiver Musik, science-fiction, freier Software, MUDs und Kunst.

Stefan Stiasny





Trotzdem (oder gerade weil) ich einiges an der Fachschaft kritisiere, habe ich mich entschlossen für diese zu kandidieren. Warum ich das mache? Einerseits weil einer Kritik Handlungen folgen sollten, andererseits würde ich gerne versuchen die wichtigen Servicetätigkeiten, die im Hintergrund ablaufen, zum Vorschein zu bringen. Ausserdem finde ich es wichtig, daß es Leute gibt, die versuchen Service mit einem Verständnis dessen, was außerhalb des universitären Elfenbeinturmes passiert, zu kombinieren.

Nicole Hartmann

fachschaft passiert...
bei einem erstsemestrigentutorium bin ich rekrutiert und zu niederen diensten wie PO-verkauf und erstsemestrigenberatungen eingesetzt worden. nach sechs semestern 'basisarbeit' zieht es mich in die unipolitik, nachdem ich in unzaehligen diskussionen einsehen musste, dass die arbeit der studienrichtungsvertreterInnen in diversen kommisionen und arbeitsgruppen doch wichtiger und mindestens eben so nuetzlich fuer die studierenden ist, wie der alltaegliche dienst in der fachschaft informatik, der die probleme der studis nur lindern kann. um sie **loesen** zu koennen, muss mensch an der wurzel ansetzen und den weg der politik einschlagen.

Slaven Banovic

no person is illegal
kein mensch ist illegal
personne n´est clandestin
ningunga persona esta illegal

„Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein, oder noch schöner. Sie können gerecht sein, oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?"

Elie Wiesel, Nobelpreisträger

Seit einiger Zeit existiert auch in Österreich eine Kampagne „kein Mensch ist illegal," die es sich zum Ziel gesetzt hat das Konstrukt der Illegalität von Menschen zu kritisieren und zu hinterfragen. Zu diesem Zweck wird es Informationsveranstaltungen, ein Forumtheater, eine Homepage, Plakatserien, Broschüren und Medienarbeit geben. Vermittelt werden soll die Situation von „Illegalen," oder besser gesagt Papierlosen, indem die Realitäten - die Alltagssituationen, denen Menschen ohne Papiere in vielerlei Hinsicht ausgesetzt sind, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Der stigmatisierende, gesichtlose Begriff „Illegale" soll durch eine reale Person ersetzt werden, die als ein handelndes Subjekt agiert und wahrgenommen wird. Gleichzeitig heißt dies, daß die Passivität und Isolation, die durch die Migration entsteht und durch die Illegalisierung mehrfach verstärkt wird, aufgebrochen werden und dabei Handlungsmöglichkeiten entstehen sollen. Wenn dieser Artikel nicht objektiv erscheint, so mag dies bei einer traditionellen Verwendung des Begriffes zwar stimmen, sollte aber nicht weiter stören oder um Ursula Beer, unter Bezugnahme auf Adorno, zu zitieren: „... es besteht kein Widerspruch zwischen Objektivität und Parteinahme. Objektive Erkenntnis ist zugleich vernünftig, weil sie im Interesse an der Aufhebung gesellschaftlichen Unrechts Erkenntnis in der Absicht treibt, die gegenwärtige 'schlechte' Wirklichkeit zu ändern."1

Historisches

„Nous subissons les condition des travail que nous imposent les entreprises et que vous pouvez refuser plus facilement que nous, car être des sans-papiers fair de nous des sans-droits. Nous savons que cela arrange beaucoup de monde."

manifeste des sans-papier

Die Impulse zu einer Vernetzung illegalisierter Personen entstand in Frankreich 1996. Am 18.3.96 besetzte der Kern einer kleiner Gruppe Namens „Sans papier" (franz. Papierlose) die Kirche Saint-Ambroise im 11. Pariser Arrondissement. Grund dafür war das Debré-Gesetz, wie auch die Aufenthaltsgesetze Pasquas. Ersteres konfrontierte viele MigrantInnen in Frankreich mit der Situation, daß sie von einem Tag auf den anderen ohne Papiere dastanden. Ein Teil dieser Papierlosen hatte Kinder, die in Frankreich geboren waren, durch das „jus soli" Anspruch auf die französische StaatsbürgerInnenschaft hätten, jedoch die Gesetzesänderung den Kindern erst im Alter von 16 Jahren gestattete sich dafür zu entscheiden. Dies hatte zur Folge, daß die Eltern trotz Kinder, die potentiell FranzösInnen werden konnten, ausgewiesen werden durften. Hinzu kamen, die schon davor erfahrenen Ungerechtigkeiten in Form von Gesichtskontrollen durch die Polizei, Schikanen bei der Arbeits- und Wohnungssuche2 oder Diskriminierung durch die staatliche Bürokratie, in Form von verborgenen Dienstanweisungen.

Am 24.3.96 wurde, die Kirche geräumt und nach einigen Aktionen (Besetzungen, Hungerstreiks) wurde am 5. Juli die Kirche Saint-Bernhard von mehreren hundert Personen besetzt. Diese Aktion und insbesonders die brutale Räumung durch die Polizei am 23. August wurde im In- und Ausland wahrgenommen. Kirchentüren wurden mit Äxten aufgebrochen, Tränengas eingesetzt und zu allem Überdruß Menschen nach schwarzer und weißer Hautfarbe separiert, um erstere in Schubhaft zu stecken.. Nachdem viele KünstlerInnen, FilmemacherInnen und SchriftstellerInnen sich mit der Bewegung solidarisierten und zum zivilen Ungehorsam aufgerufen hatten, etwa mit der Aufforderung illegalisierte Menschen bei sich aufzunehmen, fand im Zuge der großen Öffentlichkeit eine Demonstration am 22.2.1997 in Paris statt, an der 100.000 Person teilnahmen. Seitdem ist wieder medial weniger von „sans papier" zu hören. Trotz der Linksregierung sieht sich diese Bewegung dennoch gezwungen weiterzumachen und hat nicht weniger zu tun, sondern ganz im Gegenteil; sie muß sich zusätzlich gegen Einvernahmungsversuche durch linke Parteien

und Gewerkschaften wehren. Chevément, der neue Innenminister, forderte alle Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung auf sich zu melden, um einen regulären Aufenthaltsstatus erhalten zu können. 140.000 Personen sind aus der Illegalität aufgetaucht und haben ihre Daten den Behörden preisgegeben. Daß ein großer Teil schlußendlich die Bewilligung nicht erhalten hat, hinterläßt bei vielen, die ein Vertrauen in die linke Regierung gesetzt haben, einen bitteren Geschmack, zudem es nunmehr möglich ist die Daten zu verwenden, um diese Personen

ausfindig zu machen, zu schikanieren oder womöglich abzuschieben.3

Auch in anderen Ländern sind ähnliche Bewegungen wie die der „sans papier" entstanden. „Sans papier" existiert in der Schweiz, in Italien wurde der Begriff in „senza documenti" übersetzt und in Deutschland entstand die Kampagne „kein mensch ist illegal," die als Vorbild für die hiesige Kampagne fungiert. Letztes Jahr wurde in Deutschland die erste größere Aktion durchgeführt, die den Namen „Karawane" trug und von einer Stadt zur anderen führte. Dort wurden Veranstaltungen oder Kundgebungen durchgeführt, auf denen verschiedene Problemfelder der Illegalisierung angesprochen sowie Entwicklungen in der Gesellschaft beleuchtet wurden.

Menschen als Objekte

„Der Begriff 'Illegale' kriminalisiert und führt weg von den ökonomischen und politischen Strukturen, die Migrationen hervorbringen und Ausbeutungsverhältnisse institutionalisieren."4

Jo Schmeisser

Menschen können illegale Handlungen setzen. Meistens beruht die Kennzeichnung einer Aktivität als illegal auf einem gesellschaftlichen Konsens. Dieser geht in diesem Fall soweit eine Person an sich als „illegal" zu definieren. Nicht mehr was sie tut ist entscheidend, denn sie kann tun und lassen was sie will - der „illegale" Status bleibt ihr erhalten, sondern vielmehr, daß sie überhaupt anwesend ist. Es fragt sich, wie dies passieren kann, wie wird eine „illegale" Person konstruiert. Erstes Kennzeichen ist, daß sie keine Papiere besitzt, die sie berechtigt sich innerhalb eines gewissen Territoriums aufzuhalten. Gestattet wird dies, wenn eine entsprechende StaatsbürgerInnenschaft (hiesige, „europäische" oder ähnliche), Bedarf an den mitgebrachten Qualifikationen oder eine noch nicht ausgeschöpfte Quote vorliegt. Da letzteres kontinuierlich niedriger wird, Aufenthaltsbestimmungen beständig verschärft werden und Migrationsursachen weiterhin bestehen, bleibt vielen Menschen, die nicht auf bessere, liberalere Zeiten warten können, keine andere Wahl als sich mit einem „illegalen" Status abzufinden, da für sie (oder ihre Angehörigen) ein menschengerechtes Leben in ihrem Ursprungsland nicht möglich ist. Doch vielfach finden Gründe, die Personen zu einem solchen Schritt bewegen, keinerlei Beachtung, sondern sie selber werden zu Objekten gemacht, die gewisse Eigenschaften vorweisen und bestimmte Delikte begangen haben, die oftmals darin bestehen keine Papiere zu besitzen. Gerade der strafrechtliche Teil wird in der Wahrnehmung Papierloser oftmals strapaziert, alleine dadurch, daß so manchen beobachtenden Personen es unmöglich ist Menschen ausser mit rechtsstaatlichen Methoden zu beurteilen. So wird, ähnlich wie in der „Rassenkunde," bestimmten Nationalitäten verschiedene Strafbestände zugeordnet oder etwa auf Grund des „illegalen" Überschreitens einer Grenze bzw. eines „illegalen" Aufenthaltes, ein „kriminelles Gen" in der DNA der „DelinquentInnen" vermutet, welches darauf wartet weitere Missetaten zu begehen. Hiermit wird eine soziale Gruppe geschaffen, ohne sich ein Verständnis von der realen Situation aus der Perspektive der/s Illegalisierten angeeignet zu haben, der Verhaltensweisen zugeschrieben und eine soziale Stufe zugewiesen werden.

Motivation

Genügend Gründe sind vorhanden, um aus einem Land zu fliehen. Sei es wegen politischem Aktivismus, Zugehörigkeit zu einer Minderheit, Verwandtschaft mit einer/m Oppositionellen, Übertretung frauenspezifischer Normen, lesbischer bzw. schwuler Sexualität, ... Ebenso erhoffen sich viele Menschen Geld zu verdienen, um ihre Familie oder sich selber

erhalten zu können. Daran ist nichts verwerfliches, wie so manche Leute meinen, sondern sind als logisches und verständliches Verhalten, das durch gewisse Rahmenbedingungen hervorgerufen wird, zu betrachten. Keine Person emigriert bzw. geht ins Exil ohne guten Grund und reiflicher Überlegung.

Realitäten

Illegalisierung einer Person bringt diese in eine prekäre Lage, wodurch sie leichter erpressbar wird, da sie als Person an sich als ausserhalb des Gesetzes stehend betrachtet wird. Weder kann sie in Ruhe auf die Strasse gehen, noch kann sie im Krankheitsfall sich in einer öffentlichen Einrichtung behandeln lassen und am wenigsten darf sie, wenn ihr Unrecht widerfährt zur Polizei gehen. Genau der letzte Punkt zeigt erst durch all die Folgen die er hat, welch eine Gesellschaftsstruktur durch die Einführung illegalisierender Gesetze erschaffen wird. An einigen Beispielen sollen die dadurch entstehenden Zwangsverhältnisse zu MehrheitsösterreicherInnen5 aufgezeigt werden.

Um fürs erste die Kampagne „kein mensch ist illegal" zu Wort kommen zu lassen: „Illegalisiert leben heißt Haft ohne Delikt," „ ... trotz Fahrschein Angst vor Kontrolle," „ ... Däumchen drehen zu müssen" oder „ ... nicht krank werden zu dürfen." Kontakt mit öffentlichen Einrichtungen zu haben (Kontrollen, Krankenhaus, ...) heißt immer Angst davor zu haben, sich ausweisen zu müssen und damit erwischt zu werden. Von Gewerkschaften oft angesprochenes Problem, allzu oft in populistischer Weise, ist die sogenannte „Schwarzarbeit." Schlecht bezahlte und zu einem guten Teil gefährliche Jobs werden dabei von Papierlosen verrichtet. Mit dem Hinweis auf den papierlosen Aufenthaltsstatus werden so manche Illegalisierte unter Druck gesetzt, wodurch diese weniger Lohn erhalten, gefährliche Arbeitsbedingungen akzeptieren, rassistisches Arbeitsklima „tolerieren" oder demütigende Tätigkeiten erfüllen sollen. Lösungsvorschläge von Gewerkschaften sind selten adäquat, im Gegenteil, sie tragen zur Hetze und Entrechtung Papierloser bei, etwa indem Unternehmen vorgeworfen wird Illegalisierte einzustellen, gleichzeitig mit der Forderung doch „heimische" ArbeiterInnen für „heimische Lohnverhältnisse" zu beschäftigen, oder mit dem Ruf nach strengen Kontrollen. An den strukturellen Bedingungen für derartige Verhältnisse ändern derartige Programmpunkte überhaupt nichts.

Nachfolgend soll keinesfall zum Ausdruck gebracht werden, daß jede binationale Ehe a priori durch Heiratshandel vollzogen worden ist bzw. als eine sogenannte „Scheinehe" bezeichenbar wäre. Eine Möglichkeit in einem anderen Staat akzeptiert zu werden, ist eine Person mit der dementsprechenden Staatsangehörigkeit zu heiraten. Problem hierbei ist wieder einmal die Zwangssituation, die dadurch entsteht. Majoritäre Männer nützen oft die Situation, in die eine „ausländische" Ehefrau gerät, aus, in der Gewissheit, daß die Frau keine rechtlichen Schritte einleiten und sich scheiden lassen kann, da ihr dadurch die Abschiebung droht. Damit ist sie der Willkür des Mannes ausgesetzt, der die Lebensgestaltung der Frau kontrollieren kann. Da lesbische Ehen in fast keinen Staaten anerkannt sind, sind lesbische MigrantInnen gezwungen Männer zu heiraten, deren homophobe Haltungen sie zusätzlich noch erdulden müssen.

Zur Vermittlung von Ehen zwischen Mehrheitsangehörigen und Migrantinnen existieren inzwischen eigene Heiratsvermittlungsagenturen, die u.a mit rassistischen und sexistischen Bildern Werbung bei „Interessenten" machen. Daß ein guter Teil dieser Agenturen nicht seriös sind, hat zur Folge, daß Frauen falsche Versprechungen gemacht werden. Zwar treten sie ein Eheverhältnis ein, aber durch den fehlenden Anspruch auf Rechte nach einer Scheidung werden viele Frauen zur Prositution oder anderen sexuellen Ausbeutungsverhältnissen gezwungen. Viele Frauen entscheiden sich jedoch auch bewußt für Sexarbeit als Form der Arbeitsmigration. Dies darf aber nicht mit Freiwilligkeit verwechselt werden.

Aber auch der Gesetzgeber reagiert auf diese Entwicklung, indem er schärfere Kontrollen, auf Verdacht hin es würde eine „Scheinehe" vorliegen, durchführt. Um des Gesetzes, der Rechtsstaatlichkeit oder Migrationskontrolle Willen wird geahndet, ohne die Effekte zu bedenken, die diese Kriminalisierung hervorbringt. Für binationale Ehepaare sind dies ärgerliche bis entwürdigende Kontrollen, da diese ins Privatleben hineinreichen. Aber für Personen (insbesonders Frauen), die tatsächlich in einer „Scheinehe" verwickelt sind, erhöht sich der potentielle Grad der Erpressbarkeit und Nötigung, da die gesetzlichen Kriterien für eine „echte" Ehe als Argumentationshilfe bzw. Druckmittel verwendet werden können, um gewisse Wunschvorstellungen seitens des Mehrheitsangehörigen zur Realisierung zu verhelfen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie Verschärfungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht so sehr das Problem lösen, als vielmehr die konkrete Situation einer Menschengruppe verschlechtert.

Ebenso wie „Illegale" erst konstruiert wurden, so wurde durch entsprechende Umstände das Delikt „Schlepperei" geschaffen. Grund dafür, daß es sie gibt, ist evident, denn Papierlose benötigen, je restriktiver die europäische Asylpolitik wird, ausgeklügeltere und teurere Fluchthilfen wollen sie nicht das Risiko auf sich nehmen auf eigene Faust die EU-Grenze zu überqueren. Dies ist auch dar-

an zu erkennen, daß vor 1990 kaum Flüchtlinge durch Fluchthilfe gekommen sind, daß jedoch seitdem die Bestimmungen verschärft worden sind eine Einreise nach Europa für Flüchtlinge de facto nur noch mit professioneller Hilfe möglich ist. Diese Hilfe kann jedoch nicht als per se schlecht diffamiert und auch nicht als per se gut glorifiziert werden. Die sozialpolitische Zeitung "dritte Hilfe" beschreibt Fluchthilfe gar als „eine gute Arbeit (..), wenn sie wie jede andere Arbeit auch, verantwortungsvoll ausgeführt wird."6 Und dies sind nur einige der Situationen in die Flüchtlinge oder Papierlose gelangen können. Ohne längerer Ausführungen seien noch Schubhäfen, „Auffanglager," oder andere, nicht notwendigerweise direkt mit dem papierlosen Status zusammenhängende, Bereiche wie Wohnung, Schule, Rassismus in Polizei und Justiz bzw. allgemein, rassistische Übergriffe (tätlicher oder verbaler Natur), erwähnt. Eben genanntes würde ebenfalls genügend zum Schreiben abwerfen, obwohl noch nicht einmal alles angesprochen wurde.

Resümee

Ein rechtloser Status von Personen in einer Gesellschaft ist inakzeptabel, der jedoch dann entsteht, wenn Rechtsmittel nicht in Anspruch genommen werden dürfen, aus Angst davor nicht nur nicht Recht zu bekommen, sondern darüberhinaus selber Schaden davonzutragen in Form einer Abschiebung. Es schafft Ausbeutungsverhältnisse in der Arbeit, in Ehen, bei der Einreise, bei der Ausbildung, in sexueller Hinsicht, eigentlich in jedem Bereich und in jedem Aspekt des täglichen Lebens, ohne gegen Unrecht vorgehen zu können. Darüberhinaus schafft es Abhängigkeiten zwischen Personen, die keine Papiere oder einen prekären Aufenthaltsstatus besitzen und privilegierten Personen, die den richtigen Paß ihr eigen nennen dürfen. Hunderttausende von Menschen in der EU und den USA müssen sich mit diesen Verhältnissen herumschlagen. Einmal mit den Augen der damit konfrontierten Personen betrachtet, muß sich die Mehrheitsgesellschaft ganz pathetisch/lapidar die Frage gefallen lassen: Ist dies wie eine freie, demokratische und offene Gesellschaft sein soll?

Kein Mensch ist illegal!

Marc Zawoni (GRAL)

1) Ursula Beer; Objektivität und Parteilichkeit - ein Widerspruch in feministischer Forschung? Zur Erkenntnis-problematik von Erkenntnisstruktur; IN: Ursula Beer, Klasse Geschlecht; AJZ Verlag; Bielefeld 1989; S. 174

2) Dies ist in Österreich etwa in Bezug auf Wohnungssuche einfach festzustellen. Ein Blick in den Bazar genügt, um festzustellen, daß etliche Wohnungen „nur an Inländer" vergeben werden. Alleine bei etwaigen Anrufen begegnen einem eine ganze Palette an Vorurteilen gegenüber MigrantInnen.

3) Unique ?/98 (Mai oder Juni); S. 15

4) zit. 'vor der information' 7/8, 1998; S. 13

5) MehrheitsösterreicherInnen, -gesellschaft, -angehörige, Majoritäre soll den privilegierten, sozialen Status den Personen, die die österreichische StaatsbürgerInnenschaft besitzen, betonen. Wird in „vor der information" verwendet, um Aufzählungen, wie „weiß, österreichisch, christlich, säkularisiert, ..." zu vermeiden.

6) zit. 'dritte hilfe'; Sommer 1997; S. 14

LINX

ARAB: http://www.is-bremen/~arab

Kein Mensch ist illegal"

Ö: http://www.illegalisiert.at

D: http://www.contrast.org/borders

ProAsyl: http://www.proasyl.de

sans papier

F: http://www.bok.net/pajol

allgemein http://www.humanrights.de

Bücher

Antirassismusbüro Bremen; Sie behandeln uns wie Tiere;
Schwarze Risse - Rote Strasse; 1997
KNAPP Anny, LANGTHALER Herbert (Hg.); Menschenjagd; Promedia Verlag; 1998

Zeitschriften

x-te hilfe: http://www.art-bag.net/hilfe
„no borders"-Reader
Off Limits
http://www.berlinet.de/zag/ol
vor der information
ZAG
http://www.nadir.org/nadir/periodika/zag

wir stellen vor:

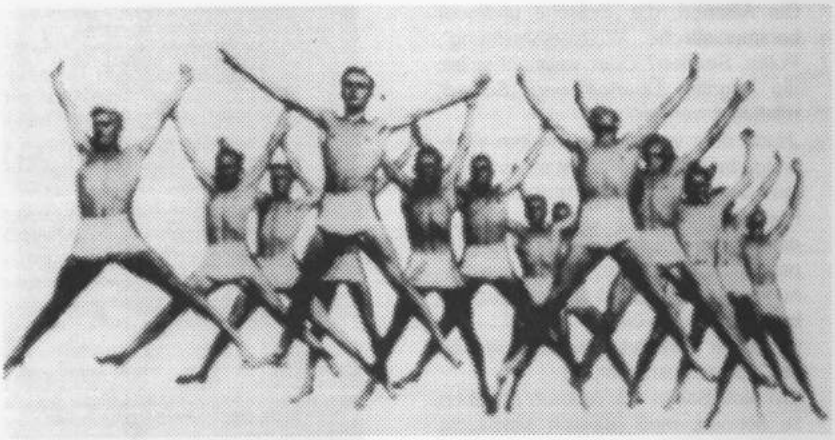
WERNER KUICH

Seit einiger Zeit kursiert ein Gerücht, Prof. Leitsch würde dieses Semester seine letzte „Mathemathische Logik"-Prüfung abhalten und diese würden in Hinkunft nur noch von Werner Kuich abgehalten werden. Dem ist nicht so, wie wir erfahren konnten, denn „Mathematische Logik" wird vom Sommersemester ins Wintersemester verlagert. Dennoch nehmen wir dies zum Anlaß im Rahmen des Fridolins Herrn Kuich vorzustellen, der schon einige StudierendenvertreterInnen-Generationen beschäftigt hat. Der Grund dafür ist der selbe, wie sein Name in diesem Artikel nicht mit einem akademischen Titel versehen wird, nämlich seine politischen Ansichten, seine Kontakte zum rechten Rand und die dementsprechenden Aktivitäten, die er in den letzten 2-3 Jahrzehnten gesetzt hat. Deswegen besteht die Notwendigkeit, diese zu veröffentlichen, da sie ein integraler Bestandteil u.a. seiner unipolitischen Positionen darstellen, und jenen Personen mitzuteilen, die so manche Kontroversen um seine Person nicht miterlebt haben. Als ein kleiner, unibezogener Vorgeschmack auf weitere geistige Ausgüsse seinerseits, sei ein inhaltlicher Punkt im Rahmen eines Vortrages für ein „RFS-Enquete" an der TU-Graz erwähnt, der „mangelnden Leistungswillen" und „nicht vorhandenen Mut zur Elite bei den Studiernenden"1 beklagt. Im folgenden soll nicht die Lehrveranstaltung Kuichs bewertet werden, zudem uns niemand bekannt ist, der/die bei ihm diese besucht oder gar absolviert hätte. Einzig und allein ist uns zu Ohren gekommen, er hätte einschlägige Bemerkung auch während seiner LVA getätigt.

Der 57-jährige Werner Kuich ist führender Funktionär des FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBANDES und „Alter Herr" in der schlagenden Burschenschaft (B!) LIBERTAS2, eine waffentragende Korporation, die Mitglied der DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT (DB) ist. Die DB ist ein Zusammenschluß deutscher und österreichischer Burschenschaften, deren Vorsitz 1996/97 die B! OLYMPIA inne hatte. Aufgrund des rechtsextremistischen Charakters dieser Wiener Burschenschaft sind damals gemäßigtere deutsche Verbindungen aus der DB ausgetreten, unter anderem wegen der „Olympen"-Forderung, „Österreich und Teile Polens in die Wiedervereinigung Deutschlands miteinzubeziehen." Jene, die blieben, darunter namhafte österreichische Verbindungen wie die B! BRIXIA und eben auch die B! Libertas, dürften dem wohl zustimmen. In der Vergangenheit war Alt-Burschenschafter Kuich bei Veranstaltungen des RING FREIHEITLICHER STUDENTEN (RFS) anzutreffen. Ebenso hat er des öfteren für die rechtsextreme AULA (an dem zu 25% der „Freiheitliche Akademikerverband Wien, Niederösterreich, Burgenland" beteiligt ist - die restlichen Anteile sind auf die anderen Akademikerverbände verteilt) geschrieben.

Der „Aula-Verlag" geriet schon vor 20 Jahren in die Medien3. Dieser Verlag brachte nämlich damals ein unverholen NS-apologetisches „Holocaust-Sonderblatt" heraus, hinter dem sich laut Artikel Kuich stellte. Im selben Artikel der Volksstimme sind Kuichs Einstellung zur „Maturaflut", die damals bei ihm beobachtete Durchfallsquote von 80%, wie auch die Ansicht, die österreichische Nation sei eine kommunisitsche Erfindung, nachzulesen (laut HTU-Info fiel ihm dazu ebenfalls „Intelektuelle Perversion"4 ein).5 Weiters führte er den Vorsitz bei einem Vortrag des „westdeutschen Neonazi"6 Frey, der bekanntlich heutzutage der Parteivorsitzende der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) ist und damals wie heute die NATIONALZEITUNG herausgibt. Dort war Kuich zusammen mit „Erb-Theoretiker" und ex-FP-Abgeordneten Scrinzi (s.u.), sowie mit Ex-Größen der SS wie Rudel zu sehen, um sich für eine „Generalamnestie" von Nazis einzusetzen.

Im Auftrag des „RATes der VOLKSTREUEN VERBÄNDE" (RVV) richtete Kuich 1982 in seiner Funktion als Obmann des „Freiheitlichen Akademikerverbandes" ein „Volksbegehren gegen Überfremdung und Unterwanderung" an alle österreichischen ParlamentarierInnen. Diese Initiative wurde in der Zeitung einer „führenden Kraft des österreichischen Neonazismus"7 vorgestellt. Dabei wurde u.a. der „Freiheitliche Akademikerverband" beschrieben als ein Zusammenschluss von Menschen - „verbunden durch den Willen, die geistige und kulturelle Einheit und biologische Substanz des deutschen Volkes in allen seinen Teilen zu erhalten."8 Darüberhinaus kam darin die Aussage „der Aufenthalt einer großen Zahl ausländischer Staatsbürger in Österreich stellt eine Bedrohung der Sicherheit und Zukunft Österreichs dar"9 vor. Verfasser dieses Artikels waren der derzeitige Obmann des RVVs und Kuich. Wird die erste Aussage mit der zweiten inhaltlich in Verbindung kommt die Bedeutung der Phrase „Bedrohung der Sicherheit und Zukunft," nebst diversen kriminoligischen und kulturpessimisitischen Horrorszenarien, zum Vorschein. Vor zwei einhalb Jahren veranstaltete der RVV gemeinsam mit der DB und der FPÖ am 30.11.1996 den „Kommers" in der Hofburg und eine Tagung, die den Untertitel „Österreichs Beitrag zur



deutschen Geschichte und Gegenwart" trug, die in der Aula breit angekündigt wurden. Zur Tagung war unter anderem Ernst NOLTE eingeladen, der Ende der Achtziger mit seinen Ansichten zu Gaskammern in den KZs und dem 2. Weltkrieg für Aufregung sorgte.

Bei der Bundespräsidentenwahl 1986 trifft mensch wieder auf Kuich. Diesmal im „Wahlkomitee für Dr. Otto Scrinzi" bzw. am 14.10.1984 als Teilnehmer an der Gründungsversammlung der NATIONAL-FREIHEITLICHEn AKTION (NFA).10 Ein bekanntes Zitat Otto Scrinzis, Obmann der NFA 1986 und ehemaliger SA-Sturmführer, ist: „Ich war immer schon rechts, auch innerhalb der NSDAP." Die NFA fungierte damals als Alternative zur FPÖ unter Dr. Norbert Steger, da diese dem deutschnationalen Flügel der FPÖ und dem rechtsextremen Lager zu liberal geworden ist. Doch im September 1986 wurde Jörg Haider Obmann der FPÖ, wodurch die NFA obsolet wurde, erkennbar an der Wiederintegration der NFA-Anhänger(innen) in die FPÖ.

Ende der Achtziger bzw. Anfang der Neunziger widmete sich Kuich der Reinhaltung der „deutschen Rasse" im „Wissenschaftlichen Beirat" der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung," deren Zeitschrift „Neue Anthropologie" sich mit Themen wie „Bastardisierung und Domestikation beim Menschen" oder „Von der Arbeiterklasse zur Arbeiterrasse" beschäftigte. Vorsitzender dieser Gesellschaft war Jürgen Rieger, dessen Engagement in der deutschen Nazi-Truppe „Nationalistische Front" durch ein Verbot des Innenministerium in Bonn 1992 beendet wurde.11

In diese Zeit fällt eine Aussage, die Kuich als Vorsitzender des 19. Tages der freiheitlichen Akademiker im Rahmen einer Veranstaltung unter dem Thema „Die Zukunftssicherung für Volk und Heimat" tätigte:

„Während die Völker der dritten und vierten Welt eine wahre Bevölkerungsexplosion erleben, zeichnet sich in den großen schöpferischen Nationen des Abendlandes ein Bevölkerungsrückgang ab. Dieser ist beim deutschen Volk am größten. Unabhängig davon, welchen deutschen Staat man betrachtet - Österreich, die Bundesrepublik Deutschland oder die sogenannte Deutsche Demokratische Republik - die deutsche Bevölkerung in diesen Staaten ist absolut und relativ im Rückgang begriffen."12

Mensch beachte welche Staaten hier als deutsch tituliert und bejammert werden, sowie die Gegenüberstellung von „schöpferischen Nationen" und „Völkern der 3. und 4. Welt," die wenn sie in keinen „schöpferischen Nationen" organisiert sind, anscheinend anders zu bewerten sind. Auf der selben Veranstaltung ehrte Kuich den ehemaligen SS-Mann Roland TRIMMEL, der schon vor 1938 aktiv für die Nazis war, mit einer Laudatio, die folgendes enthielt:

„ (..) Schon in jungen Jahren war er bekannt für seine völkische Einstellung, was dazu führte, daß er in der Zeit des Austrofaschismus (..) wegen seiner Überzeugung inhaftiert war. (..) Männer wie Roland Trimmel sind leider in unserer Wohlfahrtsgesellschaft selten geworden." 13

Ebenso wurde in der Rede bedauert, daß Trimmel 1945 verhaftet und auf Grund seines „Einsatzes für die damaligen Ideale von den neuen Machthabern kriminalisiert" wurde.14

Zu guter letzt wollen wir auf die zweite Hälfte der neunziger Jahre eingehen. Insbesonders ist in diesem Zeitraum die Entwicklung der „Aula" in Bezug auf Kuich von Bedeutung, da sich in den Jahren 1994/95 einige bedeutende Ereignisse abspielten. Es begann mit einem antiziganistischen Artikel in der „Aula" 3/94. Als dann am 5.2.1995 vier Romas in Oberwart ermordet wurden, ging Haider in einem „profil"-Interview auf Distanz zur Zeitung."15 In weiterer Folge wurde die Aula-AbonentInnenkartei von den Briefbombenermittlern beschlagnahmt. Davor

erklärte die „Aula" in der Juli-Ausgabe 1994 die Aktivitäten des Holocaust-Leugners Lüftl „zu einem Meilenstein auf dem Weg zur Wahrheit." Dafür wurde der damals presserechtlich Verantwortliche, Herwig NACHTMANN (B! Brixia) wegen eines Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz verurteilt. 1996, ein Jahr nachdem sich einige gemäßigtere (in diesem Fall kann „gemäßigt" nur als ein relatives Wort verstanden werden) Personen von der „Aula", verabschiedet hatten, erschien wieder ein Artikel von Kuich.

Zitatsbeispiele, die für jede Person, die die Aufklärung nicht vollkommen unberührt gelassen hat, erschreckend sind, gibt es in der Aula zur genüge:
„Die sinkende Verteidigungsbereitschaft nicht nur nach außen, sondern auch gegen die Todfeinde von Gesetz und Recht im Innern. Der Staat verzichtet auf sein Notwehrrecht, die Todesstrafe. Er sichert jedem menschlichen Auswurf das Leben und sorgt dafür, daß kriminelle Gendefekte weiterleben können, während gesunder Nachwuchs im Mutterleib vernichtet wird."16
Wer ist mit Todfeinde gemeint? Todesstrafe als natürliches Recht? Wer soll der „menschliche Auswurf" sein? Bedeutet „kriminelle Gendefekte," daß eine Person biologisch festgelegt ist, wie sie sich im Leben entwickelt? Und der letzte Nebensatz läßt vermuten, daß das Recht von Frauen auf Kontrolle über ihren Körper und damit auf Abtreibung beklagt werden soll.
„Das Deutsche Reich 'überfiel' weder Polen noch die UdSSR. Es war 'schuld' weder am Ausbruch des ersten oder des zweiten Weltkrieges, (..)"17
Stellt sich also die Frage wer dann? Die Allierten, die „jüdische und/oder kommunistische Weltverschwörung", Polen, Serbien? Oder vielleicht sollen die Begriffe „Überfall" und „Schuld" relativiert werden?
„Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg, der mit dem Verlust eines Großteils der geistigen Elite und somit der Kulturträger
einherging, setzte eine gezielte und psychologisch gekonnte 'Umerziehung' ein, die all das systematisch bekämpft und in ihr
Gegenteil verkehrt, was das Wesen des Volkes ausmacht."18
Um eine Sache als verloren ansehen zu können, muß mensch sich nicht damit identifizieren können? Welche „geistige Elite" soll ein Verlust gewesen sein? Welche „Umerziehung" wird hier an den Pranger gestellt? Die Entnazifizierung kann es nicht sein, denn die ist nicht gewissenhaft genug durchgeführt worden. Und was ist das „Wesen des Volkes"?
„Sie [die nationalsozialistische Bewegung, Anm.] hatte Ziele und politische Vorstellungen, mit denen sie Anhänger gewann und um Zustimmung rang, genauso wie die anderen politischen Kräfte (..)"19
No Comment.
„Die jüdische Außenministerin Madeleine Albright nutzt dies [die UN-Inspektionen, Anm.], um weltweit zu behaupten, der Irak rüste atomar auf, er sei eine Bedrohung für den Weltfrieden. Dahinter stehen freilich israelische Interessen, die von den Verwandten jenseits des Großen Teiches militärisch gedeckt werden." 20
Interessant hierbei ist in welcher Weise Albright erwähnt wird, beinahe als ob es einen Unterschied macht, ob sie jüdische, muslimische oder christliche Vorfahren hat. Und die Zusammenführung von israelischen Interessen mit jenen der „Verwandten jen-

seits des Großen Teiches" läßt einen ebenfalls vage vermuten, welche Macht der Autor politischen Verbindungen, die gar noch automatisch zustandekommen, zuspricht.
„Als sichtbarer Beweis dient der schleichende Genozid am deutschen Volk seit 1945, gestaltet durch freizügige Zuwanderungspolitik, legalisierten Mord durch die Fristenlösung, gekrönt jetzt durch die 'Tötungspille' und abgesichert gegen jede volksgesunde Regung durch ein einseitiges und menschenrechtswidriges Verbotsgesetz." 21

Welches Verbotsgesetz wird als menschenrechtswidrig charakterisiert? „Tötungspille" steht für die Pille, die Fristenlösung ist die Regelung, innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonaten abtreiben zu dürfen, und die „freizügige Zuwanderungspolitik" gibt es mit Glück für 5000 Kosovo-AlbanerInnen und ein paar FamilienangehörigenIn hier lebender MigrantInnen. Und all dies soll der Beweis für einen „schleichenden Genozid am deutschen Volk" sein, mal abgesehen davon, dass die Genese des „deutschen Volkes" kein lobenswertes Anliegen ist?
Die Krönung all dieser Haltungen geschah in der Aula 3/1999 in der die Publikation „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" beworben wird. Im Zwischenbericht 1998 des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen heißt es über die Vierteljahreshefte: „In der pseudowissenschaftlich aufgemachten Publikation werden vornehmlich der Völkermord an den europäischen Juden geleugnet und deutsche Kriegsverbrechen relativiert." (S. 32) 22

Da stellt sich nun die Frage, ob Herr Kuich diese Meldungen der „Aula" unterstützt, toleriert oder vielleicht „nur" bagatellisiert. Jedenfalls sind keine Entgegnungen oder eine öffentliche Abwendung von der Aula bekannt, wie dies andere taten. Im Gegenteil; trotz der inhaltlichen Radikalisierung der „Aula" veröffentlichte Kuich 1996 darin ein Artikel, was nicht heißen soll, daß davor keine verwerflichen Meldungen in dieser Zeitschrift zu bemerken waren. Sollte Kuich diese Frage beantworten wollen, könnte er die Antworten, auf die im Aula-Teil aufgestellten Fragen, seinem Schreiben hintanfügen. Er könnte zusätzlich dazuschreiben, ob die Verurteilung Nachtmanns nicht ebenfalls ein Grund wäre, der Aula den Rücken zuzukehren. Dies zu tun wäre ganz im Sinne der Effizienz - DIE deutsche Sekundärtugend. Wir wollen doch nicht unnötig Kuverts und Papier in Folge eines Briefwechsels verschwenden, auch wenn deutsche Bäume davon nicht betroffen wären.

In einer Studienrichtung, die als prägend für die Zukunft gilt, kann auf derartige reaktionäre Einstellungen der Vergangenheit, die leider noch immer zur genüge in der Gegenwart vorhanden sind, getrost verzichtet werden. Deshalb ...

R. Kirchweg

1) Der Ring, März 1996, S. 4
2) „Auch die Zusammenbrüche [sic!] in den Jahren 1918 und 1945 vermochten den Bestand der Burschenschaft [B! Libertas, Anm.] nicht zu erschüttern. Sie sieht in der Abwehr des materialistischen Denkens, der Überfremdung unseres kulturellen Lebens, der Versuche, Österreich vom deutschen Mitteleuropa zu trennen, ihre Daseinsberechtigung, die Begriffe österreichisch und deutsch sind für die nicht Gegensätze, sondern Ergänzung, Freiheit und Ehre die selbstverständlichen Grundlagen ihres geistigen Lebens." 100 Jahre Burschenschaft Libertas - aus: Neue Front, 7.5.1960
3) Volksstimme, 27.4.1979
4) HTU-Info, Nr. 32/1988, S. 21
5) Haider fand eine ähnliche Bezeichnung für die österreichische Nation: „Ideologische Mißgeburt." Hierzu ist anzumerken, daß am rechten Rand die Differenzierung von Österreich als Staat und als Nation beliebt ist. Da die Infragestellung des österreichischen Staates und dessen Eigenständigkeit eine Strafe nach sich ziehen kann, wird dieser anerkannt, um jedoch gleichzeitig die österreichische Nation zu negieren und einer deutschen Identität zu subsumieren. Diese Argumentationlinie ist ein zentraler Teil deutschnationaler Rhetorik in Österreich.
6) zit. Volksstimme, 27.4.1979
7) Einschätzung dieser Partei entnommen aus: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus [HÖR], S. 163
8) zit. [HÖR], S.193
9) ebd., S. 193
10) laut Zeitung der, in der Fußzeile 5 angesprochenen, Partei (gibts i.Ü. nicht mehr)
11) Falter 4/94, S. 8
12) HTU-Info, Nr. 32/1988, S. 19
13) ebd., S. 20
14) ebd., S. 20
15) Volksstimme 20.3.1995, S. 15
16) Aula 7-8/1993, S. 18
17) Aula, 1/1998, S. 38
18) Aula, 6/1995, S. 18
19) Aula, 10/1996, S. 40
20) Aula, 2/1998, S. 34
21) Aula, 2/1999, S. 20
22) doew.at

Hauptquellen

diverse Aula-Ausgaben
Falter 4/94
Handbuch ders österreichischen Rechtsextremismus; Hg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes; Deuticke; Wien 1993
http://www.doew.at
HTU-Info, Nr 32/1988, S. 19 ff
Volksstimme, 20.3.1995 und 27.4.1979

Die Macht der Bilder
cliff liefert den untertitel nach.

Die Fotografie hat sich in den 160 Jahren ihres bestehens in ein allumfassendes Medium gewandelt, das unser Leben von Wiege bis zur Bahre begleitet. Keine Zeitung, kein Magazin wäre ohne Bilder Vollständig. Bilder haben unser Leben entscheidend beeinflusst, unsere Denkweise bestimmt und bisweilen manipuliert. Die Macht der Fotografie ist enorm, und deshalb werfen wir heute mal einen näheren Blick auf die Macht der Bilder.

Bald ist es soweit: Österreich wählt! Nicht nur an den Unis ist bald Wahlkampf angesagt. Wir alle werden demnächst wieder an jeder strassenecke mit den Portraits, oder den genialen werbe-ideen, unserer VertreterInnen oder jener, die es gern werden möchten, beglückt. Jenseits aller Botschaften und politischen Richtungen ist diesen Portraits eines gemeinsam: sie haben mit dem wirklichen aussehen der Kandidaten fast nichts mehr gemein. Uns lächeln k¸nstliche Produkte entgegen, Menschen, die mit Hilfe von Schminke, Friseurkunst und geschickter Lichtführung ein positiveres Bild von sich ausstrahlen, als sie es in Wirklichkeit tun. Seit die Werbeagenturen die Mittel der digitalen Bildbearbeitung zur Verfügung stehen verschwinden auch Falten und Fältchen, verdichtet sich das Haar der WahlwerberInnen, sie werden schlanker, ranker und selbstverständlich dynamischer und um mindestens 10 Jahre jünger. Ganz unbewusst spricht das digital geklonte Gesicht unsere psychologische Achillesferse sn, den jung, dynamisch und schön sind Attribute, auf die die meisten nur zu gerne hineinfallen. Faktum: Bilder betrügen, und oft merken wir es nicht einmal.

Bilder & Politik

Das Wissen um die Möglichkeiten, mit Bildern zu manipulieren ist nicht neu. Geschickte Retuscheure waren schon bei der Oktoberrevolution in Russland gefragt, wo man missliebige Bonzen aus den Zeitdokumenten der Reporter entfernte. Trotzki wurde - schon bevor er Bekanntschaft mit dem KGB machte - aus den offiziellen Bildern des Politbüros perfekt herausgekratzt. Und weil der weitverbreitete Aberglaube, ein Foto zeige tatsächlich die Realität, im Volk so tief verwurzelt ist, folgt auch heute noch der Bildkonsument blind den mehr oder minder sanften Manipulationen der Bildverkäufer. Mit der Fotografie steht den Bildschaffenden ein Medium zur Verfügung, das maschinell ein scheinbar wirklichkeitsgetreues Abbild der Umwelt zu erzeugen vermag. So liess sich Kriegspropaganda mit (gestellten) Aufnahmen zur Perfektion treiben, Bilder schürten, und schüren, den Hass auf Gegner und sorgen für die breite politische Akzeptanz des eigenen unmoralischen Vorgehens im Krieg. Zeigen die USA via CNN zerstörte Gebäude als Folge eines Bombardements (egal ob im Irak oder im Kosovo-konflikt), so kam postwendend immer die Darstellung von dabei getöteten Zivilisten. Wer manipuliert wen - wo liegt die Wahrheit?

Bilder sagen mehr als 1000 Parolen. Nicht umsonst spricht man auch von Bilderstürmern, werden Revolutionen nicht selten durch das Zerstören von Bildern eingeleitet. Symbolische Blitzableiter des Volkszornes sind Denkmäler und Flaggen und nicht selten folgte dem einleitenden Bildersturz der Fall der verhassten auf dem Fusse. In der Politik sind Bilder Stellvertreter, anstelle des Abgebildeten wachen sie allgegenwärtig und in einer stets gütigen Pose über das gemeine Volk. Auch das ist eine beliebte Botschaft der Wahlplakate: vertraute Gefühle zu den Abgebildeten erwecken, sie als Teil der eigenen Philosophie glaubhaft und am Ende als Teil des eigenen Selbstverständnisses akzeptierbar zu machen.

Big Business

Bilder freilich dienen nicht nur der Information und der gewollten oder ungewollten Beeinflussung der Betrachter. Fotografie hat auch den Zweck der Erbauung, der Kunstäusserung. Wieder einmal schwappt die Welle aus den USA nach Europa über. Die Fotografie hat sich als die entscheidende Kunstform des 20. Jahrhunderts etabliert und wer den Stellenwert der Fotografie am Kunstmarkt Nr 1 ausloten möchte, dem sie New York City, genauer Manhattan, noch genauer Soho mit seinen hunderten unabhängigen Galerien empfohlen. Fotografie ist en vogue und mittlerweile recht teuer geworden. Preise für mittlere Formate von David Bailey oder Annie Leibowitz befinden sich im Bereich von 5000$, ein netter Newton im Grossformat ist um 7000$ zu haben, und für Werke von Sandy Skoglund ist man ab 10,000$ mit dabei. Neureiche New Yorker legen ihre Kohle nebst Wall Street nunmehr äusserst trendy auch in Lichtbildern an. Klarerweise nicht, um sie wie unsereins an die Wand zu hängen und sich daran optisch zu erfreuen. Mitnichten - die Fotos wandern in lichtdichte Safes, wohlverwahrt wie Aktien, um zur rechten Zeit erneut zu Geld gemacht zu werden. „Es gibt Sammler" sagt US - Superstar Jerry Uelsmann, „die kaufen jedes meiner Bilder, ohne überhaupt das Motiv zu kennen. Diese Kunstfreunde warten nur darauf, dass ich sterbe, um dann von der zu erwartenden Wertsteigerung zu profitieren!" Sprach's und setzte sich hinter das Steuer eines brandneuen Strassenkreuzers, sein bescheidenens Honorar für die Filmrechte an einigen seiner Werke für den Vorspann der TV-Serie „Outer Limits". Und selbst der Reichste der Reichen, Microsoft Boss Bill Gates, hat die macht der Bilder rechtzeitig erkannt und sich zum weltgrössten Bildvermarkter gepusht. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit besitzt Gates die Rechte an Abermillionen von Fotos für werbezwecke und ist am Weg, sich auch hier eine Marktmonopolstellung aufzubauen. Big Business mit Fotografie - wohin man auch sieht.

Die Macht der Bilder bestimmt in vielen Aspekten unser tägliches Leben. Bilder vermögen es uns zu erfreuen oder zu manipulieren, Bilder erregen oder beruhigen. Ein Leben ohne Bilder ist für uns alle längst unvorstellbar, die gesamte zwischenmenschliche Kommunikation würde ohne Bilder wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Die Sprache der Bilder ist universell. Aber vorsicht, manche Leute können einem viel einreden...

Spliffy

Kritik an Microsoft hilft uns auch nicht weiter

Microsoft - von vielen gehaßt, von noch mehreren tagtäglich genutzt. Auf der ganzen Welt macht sich eine immer stärker werdende Anti-Microsoft-Lobby stark. So auch bei Teilen der Linken, die sich den „M$-Hate" Pages verschrieben haben. (siehe etwa www.enemy.org, deren Veranstaltungen u.a. im ehemals linken, mittlerweile nicht mehr existierenden, TU-Club stattfanden)
Als Gründe werden oft die schlechte Software, der Monopolismus, aber auch die im MS-Unternehmen herrschenden „miserablen" Arbeitsbedingungen genannt. Oftmals wird, um es auf die Spitze zu treiben, auch Bill Gates himself zum Opfer einseitiger Angriffe.
So richtig die Kritik zu sein scheint, so falsch ist sie, wenn mensch das Wesen bürgerlicher Gesellschaft links liegen läßt.
So bleibt den meisten KritikerInnen von MS die Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung verborgen. Der Schein wird zum Wesen erklärt. Deshalb kann auch nicht erkannt werden, daß eine Kritik an Microsoft immer nur das Potential in sich trägt, bestehende Verhältnisse zu affimieren anstatt sie zu sprengen.
Dem Beharren auf der fehlerbehafteten Software fehlt der Blick aufs Ganze. Trotz dieses Vorwurfs kommen Microsoftprodukte immer mehr zu Einsatz. Einer Software, die permanent vor dem Systemabsturz stehen würde, käme so ein Erfolg wohl nicht zuteil. Selbst wenn Software-SpezialistInnen auf den unstrukturierten, fehlerhaften Code insistieren - die meisten UserInnen wird dies nicht interessieren.
Betrachten wir nun den Vorwurf von Microsoft als Monopolisten. In diesem Vorwurf kommt Lenins Imperialismustheorie zutage, der diesen als Übergang vom freien Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus beschreibt. Auch er erkannte das Wesen des Kapitalismus, die Verwertung des Werts, nicht. Die relative Gleichgültigkeit der Schaffung von Wert und Mehrwert gegenüber der Organisation ihrer Verwertung wird aus dem Blickfeld geräumt. Stattdessen wird auf einen Unterschied beharrt, der mehr oder weniger, in die von den Nationalsozialisten getroffene Antinomie von „raffendem" und „schaffendem" Kapital mündet. Hier liegt die Gefährlichkeit einer Kritik, die dem Fetisch kapitalistischer Vergsellschaftung in die Falle läuft. Denn, um zu Microsoft zurückzukehren, als Forderung bleibt nur der Schrei nach einem (bodenständigen?) Konkurrenzkapitalismus übrig.
Wie verhält es sich nun mit der Kritik an den Arbeitsverhältnissen? Auch hier wird deren Notwendigkeit im Rahmen bürgerlicher Gesellschaft nicht erkannt. In Rahmen derer kann es immer nur, um die Steigerung von menschlicher Produktivität gehen. Das ist eine Binsenweisheit, die aber anscheinend immer mehr in Vergessenheit gerät. Die einen stellen deshalb keine Frauen ein, die anderen „verschärfen" Arbeitsbedingungen. Aber anstatt den Kapitalismus von Grund auf zu kritisieren wird Microsoft für ein Verhalten angeprangert, das der kapitalistischen Gesellschaft

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN !!

Lotta DURA

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

ABONNIEREN!

Lotta Dura erscheint drei- bis viermal im Jahr mit einem Umfang von ca. 36 Seiten. Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Inhalt der 13. Nummer

Über die Walser-Debatte
Schwarzbücher des Revisionismus
Antisemitische Koalitionen in Russland
Staatsschutz: Extremismus der Mitte

Einzelexemplar: 30 ATS/ 5 DEM/ 2 Euro
4-Nummern-Abo: 100 ATS/ 20 DEM
Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken und zur Sicherheit im doppelten Umschlag. Der innere Umschlag enthält Begehr, Adresse und Bezahlung und wird mit H. Mader beschriftet und in das zweite Kuvert gesteckt, das mit der Adresse ÖH-Gurwi, Postfach 101, A-1096 Wien beschriftet wird.

http://www.nadir.org/nadir/periodika/lotta_dura

eigen ist. Der Produktion und Steigerung von Mehrwert.
Auch die Zuspitzung der Kritik auf die Person Bill Gates zeugt von einem falschen Kapitalismusverständnis. Hier wird einer Person Macht zugesprochen, die sie nicht hat bzw. die dieser nur als Trägerin gesellschaftlicher Verhältnisse zukommt. So weist eine in der Weise vorgetragene Kritik immer strukturelle Affinitäten zum Antisemitismus auf, dessen Wesen der Haß aufs personalisierte Abstrakte ausmacht. Kapitalismus wird in diser Denkform nicht als komplexes gesellschaftliches Verhältnis wahrgenommen, sondern „den Herrschenden" bzw. „dem Herrscher" werden alle „schlechten" Seiten des Kapitalismus zugeschrieben. Hinzu kommen Vergleiche von Bill Gates mit Hitler, wie sie in zahlreichen Cartoons dargestellt werden. Hier kommt wieder der traditionsmarxistische Ansatz ins Spiel, der - in der Diktion Dimitroffs - den Faschismus als die terroristische Diktatur der extrem reaktionaeren, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals begreift. Die daraus resultierende Gleichsetzung von Faschismus und Kapitalismus verkennt das Wesen bürgerlicher Demokratien, der zwar durchaus faschistische Momente innewohnen, die aber im Ansatz durchaus liberale Ideen zu vertreten meint. Auch die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen durch die Nazis wird durch solch vorgetragene Argumentation zum Nebenschauplatz der Geschichte.
So bleibt schlußendlich nur die Feststellung, daß eine Kritik an Microsoft immer den Dernkmustern bürgerlicher Vergesellschaftung behaftet bleibt. Radikale Gesellschaftskrtitik ist damit nicht zu machen.

Infos

Dieser Artikel entstammt der letzten „Lotta Dura" - der Nummer 13. Der Grund dafür diesen Artikel im Fridolin abzudrucken ist, daß dieser der erste Artikel ist, der uns untergekommen ist, der jenseits von pro und contra, die Debatte an sich in Frage stellt. Die eigentliche Frage ist demnach nicht wer hat die größten Marktanteile in einem Sektor oder wie stellen wir wieder eine „ausgewogene" Wettbewerbssituation her.

LMZ LEHRMITTELZENTRUM

IHR PARTNER AN DER TU-WIEN

Seit Ende November finden Sie in unserer neuen Filiale

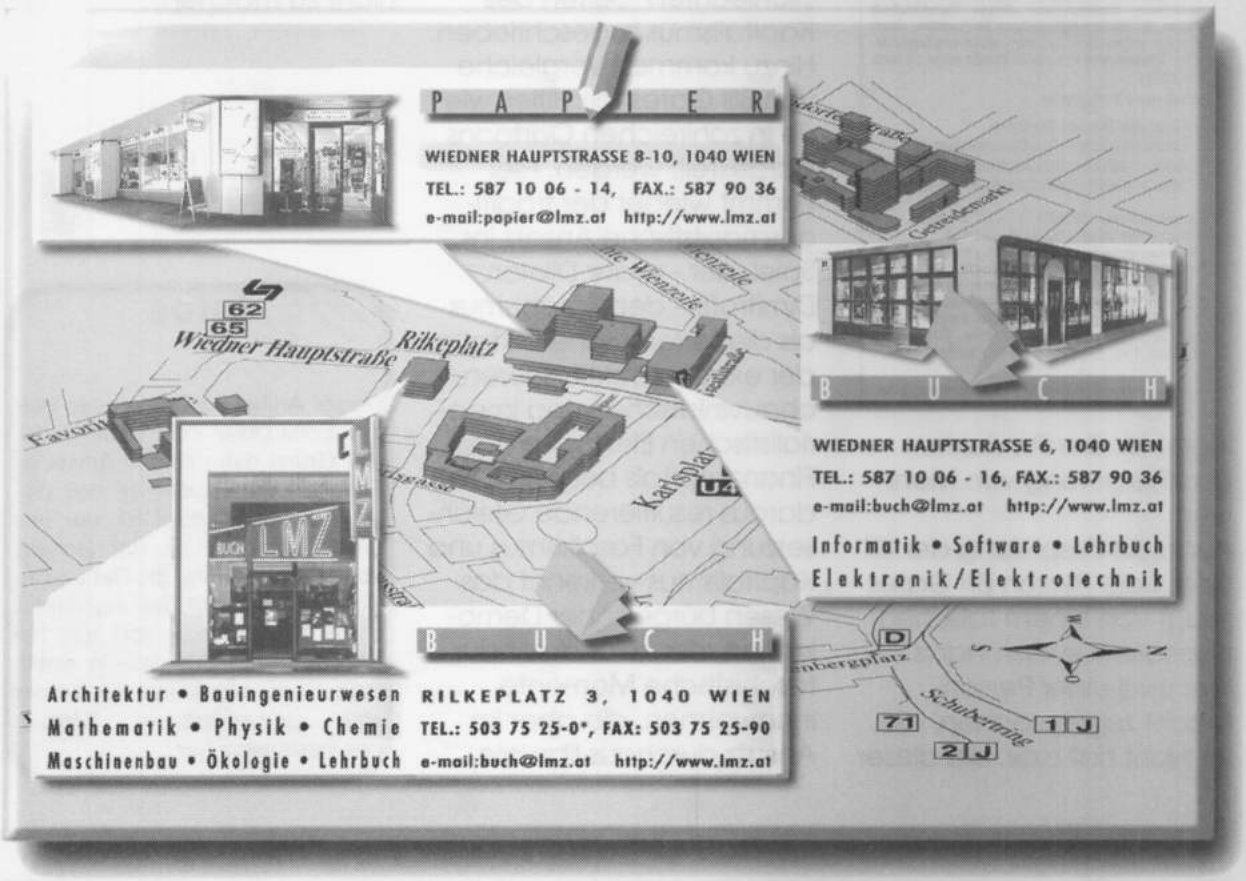
Rilkeplatz 3

die Fachgebiete: Architektur • Mathematik • Bauingenieurwesen
Chemie • Maschinenbau • Ökologie
Physik • Lehrbuch

Im Stammhaus **Wiedner Hauptstraße 6**

die Fachgebiete: Informatik • Software • Elektronik
Elektrotechnik • Lehrbuch

http://www.lmz.at



HIER SEHEN SIE SCHWARZ AUF WEISS, DASS WIR AUCH FÄRBIG KOPIEREN !

jetzt auch in Selbstbedienung
ab 6,50 incl.

Wir drucken und
endfertigen auch!

KOPITU

1040 WIEDNER HAUPTSTRASSE 8–10
TU – NEUBAU AULA
Tel. 586 33 16 – 58801/ 48150
EINE EINRICHTUNG DER
HTU – WIRTSCHAFTSBETRIEBE GESMBH

Zum Nulltarif: Das Studentenkonto mit multiple money (Zinsen wie am Sparbuch), multiple call (Kontofon), multiple link (Onlinezugang via Internet) und multiple card (VISA die ersten 3 Monate gratis, danach zum halben Preis). Jetzt in jeder Bank Austria.

Mehr Bank mehr Chancen.

Bank Austria